

# STICHWORT

# BAYER

Die anderen Informationen  
zu einem multinationalen  
Chemiekonzern



**TITEL:**

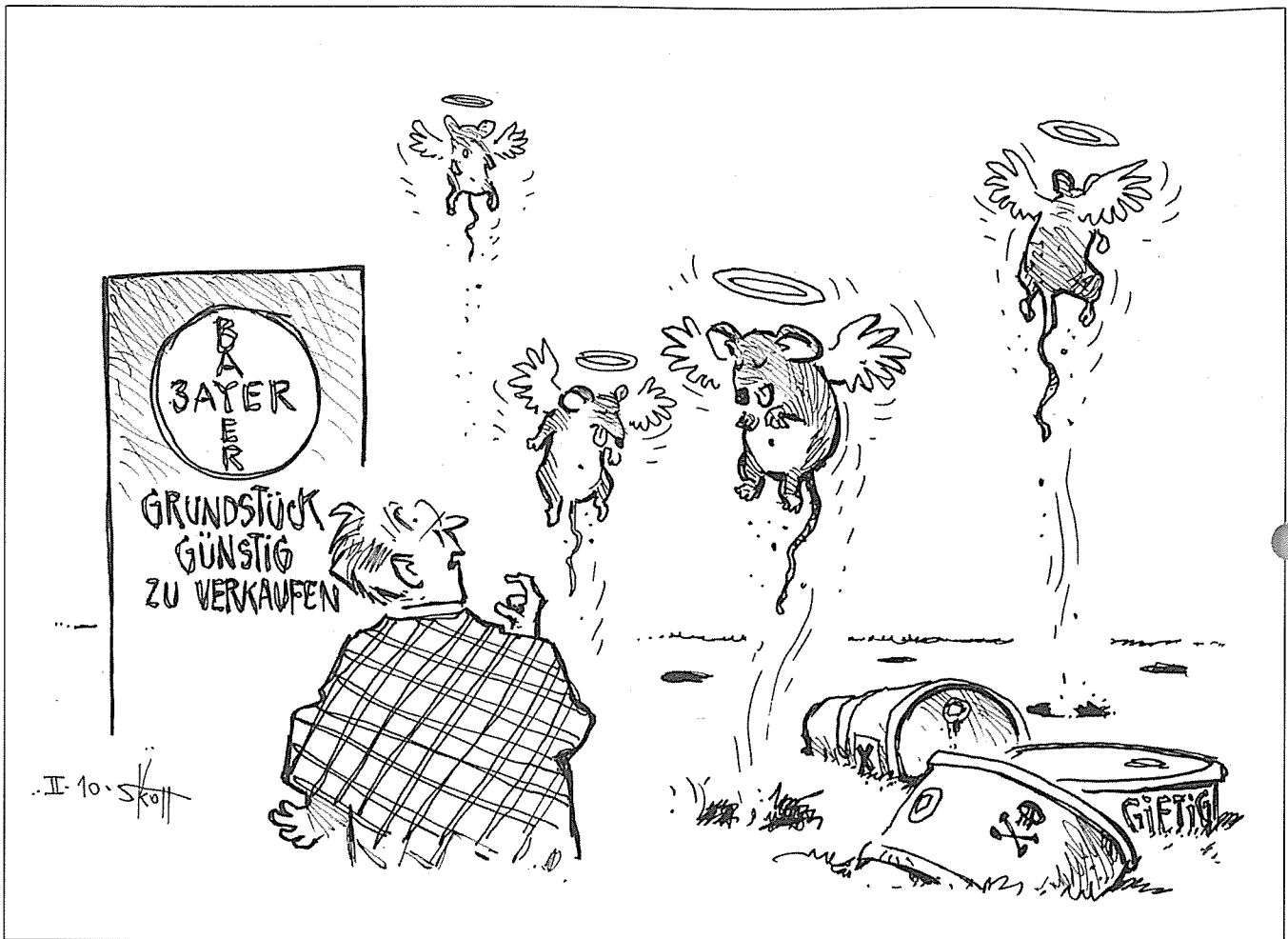
Knappes Öl

## BAYER geht die Pumpe

**WEITERE THEMEN:**

- BAYERs Bodenverschmutzungen
- BAYER & Co. schassen Pillen-Prüfer
- BAYERs bitterer Hybrid-Reis





Inhalt

- |   |  |
|---|--|
| <p><b>4 Blut für Öl?</b><br/>BAYER &amp; Co. rüsten auf</p> <p><b>8 „Unglaubliche Konzentration“</b><br/>BAYERs bodenlose Bodenverschmutzung</p> <p><b>14 Das Ende eines Pillen-Prüfers</b><br/>BAYER &amp; Co. schassen Peter Sawicki</p> <p><b>17 Zwei BAYER-Ackergifte verboten</b><br/>US-Behörde stoppt bienengefährliche Pestizide</p> <p><b>18 Der Hydrier-Vertrag der IG-FARBEN</b><br/>Fernöstliche Nachkriegsplanung?</p> | <p><b>22 Das IG-FARBEN-Epos „Väter und Söhne“</b><br/>Bernhard Sinkels Mammutwerk erscheint auf DVD</p> <p><b>26 Bitterer Hybrid-Reis</b><br/>BAYER gefährdet traditionellen Anbau auf den Philippinen</p> <p><b>Rubriken</b></p> <p><b>3 Editorial</b></p> <p><b>5 Au weia, BAYER!</b></p> <p><b>24 Impressum</b></p> <p><b>28 O-Ton BAYER / Promis gegen Profit</b></p> <p><b>30 Echo / CBG bei der Arbeit</b></p> |
|---|--|



Philip Brändle gehört der Initiative WITZENHÄUSER AGRAR-STUDIERENDE, LANDWIRTE UND GÄRTNER FÜR EINE GENTECHNIKFREIE LANDWIRTSCHAFT an ([www.kws-gentechnikfrei.de](http://www.kws-gentechnikfrei.de)).

## Liebe Leserinnen und Leser,

größtenteils unbemerkt von der internationalen, europäischen und deutschen Öffentlichkeit mauschelt sich ein deutscher Saatgutkonzern im Ranking der Global Player immer weiter in Richtung Spitze. Die KWS SAAT AG ist mittlerweile zum viertgrößten Saatguthersteller weltweit aufgestiegen und lässt damit sogar Unternehmen wie BAYER CROPSCIENCE hinter sich. Diese Entwicklung verdankt die KWS nicht zuletzt einem Angebot, das die gesamte Palette des Marktes abdeckt. Denn unter dem Deckmantel der Koexistenz produziert das Unternehmen neben konventionellen und ökologischen Sorten auch gentechnisch manipuliertes Saatgut für den US-amerikanischen Markt. Die herbizid-tolerante Zuckerrübe H7-1 des südniedersächsischen Konzerns hat in den Vereinigten Staaten bereits einen Marktanteil von über 90 Prozent der gesamten Zuckerrüben-Anbaufläche. Die Freisetzungsversuche, in denen die KWS solche Bestseller vor der Markteinführung erprobt, fanden und finden allerdings in Deutschland statt. Dies ist ein Sachverhalt, den die hiesige Öffentlichkeit leider kaum wahrnimmt.

Am Schattendasein dieser Freisetzungsversuche sowie der gesamten Gentechniksparte der KWS wird seit 2008 allerdings heftig gerüttelt. Wir – WITZENHÄUSER AGRAR-STUDIERENDE, LANDWIRTE UND GÄRTNER FÜR EINE GENTECHNIKFREIE

FREIE LANDWIRTSCHAFT – haben es uns nämlich zum Ziel gesetzt, einer breiten Öffentlichkeit bekannt zu machen, in welchem Umfang sich die KWS für die Gentechnik engagiert. Wir fordern das deutsche Saatgutunternehmen nachdrücklich dazu auf, seine Gentechnikversuche einzustellen und grundsätzlich auf die Nutzung dieser Technologie bei der Produktion von Saatgut zu verzichten. Wir sind als angehende AgrarwissenschaftlerInnen der festen Überzeugung, dass die Gentechnologie keinerlei Nutzen für die Gesellschaft hat - nur für profitorientierte Konzerne wie BAYER oder KWS. Wir sehen in dieser Form der Biotechnologie das Sahnehäubchen einer industriellen Landwirtschaft, die mit ihrem enormen Bedarf an Energie und Ressourcen erst zu unseren heutigen Problemen wie Hunger und Klimawandel geführt hat. Zudem treibt das Patentrecht die Bauern und Bauerinnen in die Abhängigkeit von KWS, BAYER & Co.. Darüber hinaus fehlt es an Langzeitstudien zur Agro-Gentechnik, was die industrie-freundlichen Zulassungsbehörden aber kaum stört.

Auch vor dem Hintergrund einer nicht handelnden Politik sind dies genügend Gründe für uns, um aktiv zu werden. Dabei sind unsere Aktionsformen so vielfältig, wie die Menschen in unserer Initiative: Unsere Aktionsformen reichen von der Organisation von Informationsveranstaltungen

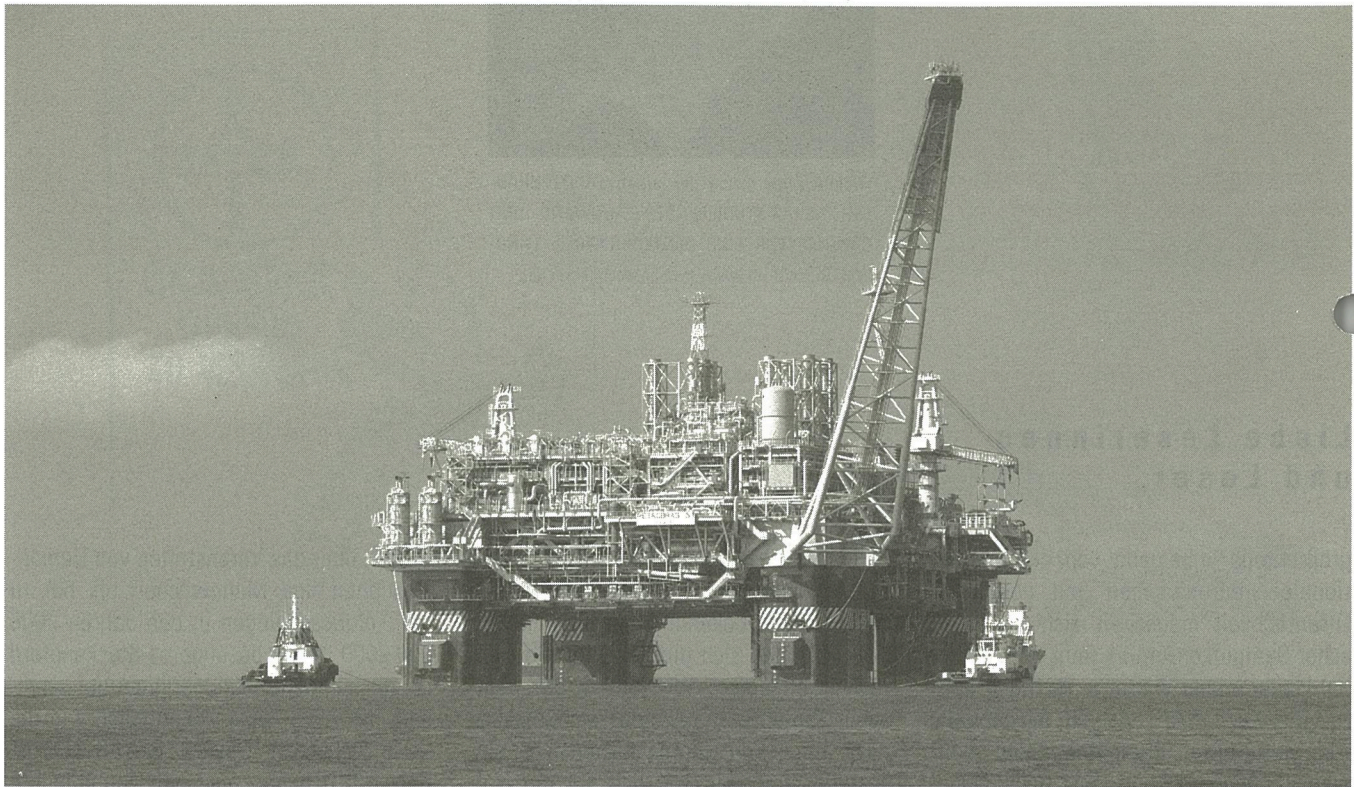
über das Veranstalten von Demonstrationen und Mahnwachen bis hin zu den Feldbesetzungen in den Jahren 2008 und 2009. Unser besonderes Steckenpferd ist die jährliche AktionärInnen-Versammlung der KWS SAAT AG. Ähnlich wie die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) haben auch wir Stimmrechte erworben und bringen unseren Unmut und unsere Argumente vor den versammelten AktionärInnen sowie dem Management des Konzerns zum Ausdruck. Eine Besonderheit bei der Hauptversammlung 2009 war es, dass vor der Konzernzentrale in 12 Meter Höhe ein über 100 Quadratmeter großes Banner mit der Aufschrift „Agro-Gentechnik: Profit für wenige, Risiko für alle“ schwebte. Es wurden zudem Informationsunterlagen verteilt, und während der Abstimmung zur Entlastung des Vorstandes stimmten wir kritische Lieder an, die klarstellten, wo die AktionärInnen ihr Kreuz zu machen hatten.

Wir sehen uns im Kampf gegen die Gentechniksparte der KWS Saat AG als ein kleines Puzzleteil, das in Verbindung mit anderen Organisationen, Verbänden und Initiativen zu einer schlagkräftigen großen Bewegung wird. Wir sehen uns als Teil einer Protestbewegung, die Jung und Alt gleichermaßen begeistert und dabei stetig wächst – weiter so!

*P. Brändle*

Rohstoff-Imperialismus:

# BAYER & Co. rüsten auf



Wie lange noch? Öl-Förderung vor der brasilianischen Küste

*Den großen Konzernen drohen schon bald die Rohstoffe auszugehen. Darum nehmen sie für die Nachschubsicherung zunehmend auch das Militär in die Pflicht.*

Von Jan Pehrke

Erdöl stellt für BAYER & Co. die mit Abstand wichtigste Rohstoff-Quelle dar. Über drei Prozent der Jahresproduktion geht an die Chemie-Branche. Allein die bundesdeutschen Multis brauchen per annum 14 Millionen Tonnen des Stoffes, dessen weltweite Reserven bereits zu ca. 40 Prozent ausgeschöpft sind. Der Leverkusener Multi kann seinen Bedarf noch ca. 20 Jahre decken, prognostizieren die Konzern-StrategInnen, dann dürfte es knapp werden. Deshalb plädieren sie schon einmal fürs Umverteilen und fordern, „einen größeren Anteil des Rohöls für die chemische Industrie zu verwenden“ statt es - etwa in Heizungen - „einfach zu verfeuern“.

Bereits jetzt führt die Abhängigkeit von dem kostbaren Gut zu Kräfte-Verschiebungen auf dem Weltmarkt. So haben die Förderländer ihre Einnahmen genutzt, um eigene Industrien aufzubauen und so die Wertschöpfungskette zu verlängern. Besonders die in den Vereinigten Arabischen Emiraten ansässige INTERNATIONAL PETROLEUM INVESTMENT COMPANY (IPIC) entwickelt sich mehr und mehr zu einem Ernst zu nehmenden Konkurrenten für die westlichen Unternehmen. Sie hält seit längerem eine Beteiligung an der österreichischen Firma BOREALIS und kaufte jüngst den bundesdeutschen Anlagebauer FERROSTAL sowie den kanadischen Konzern NOVO. Auch mit BAYER begann die

IPIC Verhandlungen. Sie wollte laut IPIC-Direktor Khadem Al Qubaisi allerdings nicht die wirtschaftskrisen-geschüttelte Kunststoff-Sparte BAYER MATERIAL SCIENCE erstehen, wie BeobachterInnen sofort vermuteten, sondern mit dem Leverkusener Multi über ein Gemeinschaftsprojekt in Abu Dhabi sprechen. Für solche „Kooperationen, die einen Zugang zu Rohstoffen ermöglichen würden“, zeigte sich BAYER-Chef Werner Wenning in einem Interview mit der *Börsen-Zeitung* mehr als offen. Es bleibt ihm auch nicht viel anderes übrig. Als Investoren fürchtet er die arabischen Konzerne zwar nicht, aber: „Etwas anderes ist es, wenn gerade dort, wo billige Rohstoffe verfügbar sind,

neue Produktionsstätten aufgebaut werden. Dann entsteht eine neue Wettbewerbssituation". Und wenn die westlichen Firmen sich dieser nicht mehr so ganz stellen mögen, müssen sie nach dem Motto „If you can't beat them, join them“ eben auf IPIC & Co. zugehen. Das kann für Wenning jedoch nicht alles sein. „Gleichzeitig müssen wir eine dauerhafte Rohstoff-Versorgung zu günstigen Preisen sicherstellen“, dekretiert er.

Diese Ansicht teilt er mit seinen KollegInnen vom „Bundesverband der deutschen Industrie“ (BDI). Bereits im Jahr 2005 setzte dieser das Thema auf die Agenda und veranstaltete einen Rohstoff-Kongress, auf dem auch der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder sprach - heute hauptberuflich mit der Ressourcensicherung für die Wirtschaft befasst. Seine Nachfolgerin Angela Merkel besuchte 2007 das zweite Gipfel-Treffen und versicherte BAYER & Co. ebenfalls ihren Beistand. Ihrer Ansicht nach wurde „die

### Rohstoffpolitik heißt dabei für BAYER & Co. nicht zuletzt auch Militärpolitik

Betrachtung der Politik, dass sich die Wirtschaft darum schon ganz allein kümmern kann, nicht mehr den aktuellen Gegebenheiten gerecht“, weshalb sie die Rohstoff-Versorgung nunmehr als „nationales Interesse“ in den Rang eines Staatsziels erhob. Im von der Bundesregierung eingerichteten „Arbeitskreis Rohstoffe“ kann der „Ausschuss Rohstoffpolitik“ des BDI seither seine patriotische Gefühle für Öl, Erdgas, Kupfer, Zink, Nickel und Wolfram ausleben und zudem auf den schwarz-gelben Koalitionsvertrag bauen. „Der Zugang zu Rohstoffen und deren verlässliche Verfügbarkeit sind für die deutsche Industrie mit ihren Produkten der Hoch- und Spitzentechnologie von besonderer Bedeutung und unverzichtbare Ziele der Außenwirtschaftspolitik“, heißt es in dem Dokument.

Rohstoffpolitik heißt dabei für den BDI nicht zuletzt auch Militärpolitik. „Politische Instabilität der Rohstoff-Förderländer, politisch motivierte Lieferausfälle oder Liefer-Unterbrechungen sowie Verstaatlichung von Rohstoff-Betrieben in manchen Förderländern können durch unternehmerische Instrumente (...) allein nicht kompensiert werden (...) Dies ist Grund genug zur Befassung der Außen- und Sicherheitspolitik mit den Problemen der Rohstoff-Versorgung“, befanden BAY-

ER & Co. auf dem Rohstoff-Kongress von 2005.

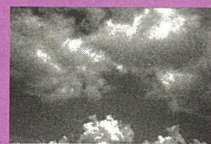
Auf der Nachfolge-Veranstaltung zwei Jahre später schlugen die Industriellen noch schärfere Töne an. „Herzlich willkommen zu Beginn des ‚Zweiten Kalten Krieges‘, dem ‚Kampf um Rohstoffe‘. Diese und ähnliche Begriffe prägen zunehmend die Diskussion um unsere Rohstoff-Versorgung und unsere Wettbewerbsfähigkeit. Dabei sind es längst nicht mehr nur reißerische Schlagzeilen in den Medien“, mit diesen Worten eröffnete Kurt Grillo, der Leiter des BDI-Ausschusses „Rohstoffpolitik“, die Tagung.

In dem Zukunftsszenario zur „Energiesicherheit 2050“, das der heutige Innenminister Thomas de Maizière 2007 in seiner damaligen Funktion als Kanzleramtsminister bei SicherheitsexpertInnen und WirtschaftsmanagerInnen bestellte, war dann aus dem Kalten Krieg schon ein heißer geworden. In einem ihrer Planspiele gingen die AutorInnen - unter anderem EmisärInnen vom „Führungszentrum Luftwaffe“, vom Bundeswehrverband, vom BKA, von BAYER und von der DEUTSCHEN BAHN - von „drohenden Auseinandersetzungen mit China und Russland“ aus.

Solche Waffenbrüderschaften zwischen Generälen und Global Playern haben schon seit einiger Zeit Konjunktur. Beim alljährlich von der COMMERZBANK und der 1. Panzerdivision veranstalteten „Celler Dialog“ können sich die ManagerInnen mit Militärs und zusätzlich mit MandatsträgerInnen austauschen. Zudem kommt mittlerweile kaum noch ein wichtiges Treffen der einen ohne die anderen aus. So reiste Verteidigungsminister Theodor zu Guttenberg Ende Januar 2010 wie selbstverständlich zum Weltwirtschaftsgipfel nach Davos. Er lud die Vorstandsvorsitzenden von BAYER & Co. zu einer Kaffeerunde und versprach ihnen, die Verteidigungspolitik noch mehr auf ihre Beschaffungsbedürfnisse zuzuschneiden. Eine „Neugestaltung der deutschen Sicherheitspolitik“ forderte er nämlich laut *Welt*, weil die Sicherheit des Landes maßgeblich von einer sicheren Versorgung mit Energie-Rohstoffen abhängt und sich da in letzter Zeit zu viele Unsicherheitsfaktoren aufgetan hätten. Als Beispiele nannte der CSU-Politiker die Instabilität einiger Transferländer, Piraterie und anslagsgefährdete Pipelines.

Wenig später bei der Münchner Sicherheitskonferenz war wiederum der BDI mit von der Partie und setzte das Thema „Risiko Rohstoff-Versorgung“ auf die Ta-

### Au weia, BAYER



BAYER & Co. haben eine Methode ausgeheckt, ihre negati-

ve Klimabilanz etwas aufzuhübschen. Sie stellen dem Negativposten „Kohlendioxid-Emissionen“ einfach gegenüber, was die so klimaschädlich hergestellten Produkte angeblich so alles tun, um die Erderwärmung aufzuhalten. Bei der Studie, welche die „Klima-ExpertInnen“ von der Unternehmensberatung MCKINSEY für den internationalen Chemie-Verband ICCA durchgeführt haben, kommt da so einiges zusammen. Den Energie-Verbrauch senkende Dämmstoffe, Niedrigtemperatur-Waschmittel und Leuchtmittel sowie den Flächenverbrauch einschränkende Hochleistungspestizide präsentieren sie in ihrer Gegenrechnung. Und siehe da: Unterm Strich steht die Chemie-Industrie mit 5,2 Milliarden Tonnen CO<sub>2</sub> im Plus. Die Ratingagentur OEKOM, welche die Nachhaltigkeitsstrategien der Konzerne genauer prüft, hält dieses Verfahren nicht für legitim. Besonders die Bilanztricks von BAYER und BASF fielen OEKOM auf. So kritisierte der Analyst Oliver Rüdell, dass die beiden Unternehmen „die Lösungen, die die chemischen Produkte potenziell zum Schutz des Klimas leisten, stärker kommunizieren als den eigenen negativen Beitrag. Und noch etwas anderes kommunizieren die Global Player stark: ihre Rolle als CO<sub>2</sub>-Verbraucher. BAYER etwa verweist auf Kohlendioxid als ASPIRIN-Rohstoff und schmückt sich mit weiteren CO<sub>2</sub>-Forschungen etwa im Dämmstoff-Bereich. Seinen Kohlendioxid-Ausstoß, der 2008 7,6 Millionen Tonnen betrug, dürfte der Leverkusener Multi auf diese Weise jedoch nicht so leicht reduzieren. „Die stoffliche Nutzung kann keine riesigen Mengen binden, weil wir einfach viel, viel mehr Kohlendioxid freisetzen“, sagt der Chemie-Ingenieur Arno Behr von der Technischen Universität Dortmund.



gesordnung. Große Überzeugungsarbeit brauchte der Verband dabei nicht zu leisten, denn Sicherheitskonferenz-Leiter Wolfgang Ischinger erkannte den Ernst der Lage. „Ich habe an einigen Gesprächen über so genannte seltene Erden teilgenommen - Substanzen, die man in der Vergangenheit kaum brauchte, für moderne Technologien wie den Elektro-Antrieb aber in rauen Mengen benötigt werden. Hier zeichnet sich eine monopolartige Stellung einiger weniger Staaten ab, schlimmer als beim Öl. Die Sicherung der Versorgung ist auch eine strategische staatliche Aufgabe“, konstatierte er in der *Wirtschaftswoche*.

Die Bundeswehr ist für eine solche gerüstet. Bereits die „verteidigungspolitischen Richtlinien“ von 1992 verpflichteten sich auf die „Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen auf aller Welt“. Das 2006 erschienene Bundeswehr-Weißbuch macht die Gewährleistung der „Sicherheit der Energie-Infrastruktur“ gleichfalls zur Aufgabe der Truppe. Und auch die 1991 in Rom verabschiedete NATO-Strategie sieht bei einer „Unterbrechung der Zufuhr lebenswichtiger Ressourcen“ einen Einsatz vor. Das

neue Konzept des Militärbündnisses dürfte der Rohstoff-Frage noch mehr Aufmerksamkeit widmen. Unter den neuen Bedrohungen, denen gegenüber die NATO sich im 21. Jahrhundert gewappnet zeigen müsse, rangierten für die US-Außenministerin Hillary Clinton bei ihrem Auftritt vor der französischen Militärakademie Ende Januar in Paris Engpässe bei Öl & Co. ganz oben. „Energie-Sicherheit hat eine besonders hohe Priorität. Länder, die sich in Bezug auf eine Kappung der Energie-Zufuhr verletzlich zeigen, müssen nicht nur mit ökonomischen Konsequenzen, sondern auch mit strategischen Risiken rechnen“, so Clinton warnend.

Auch in der Praxis tut sich schon so einiges. Die EU-Mission EUFOR im Kongo 2006 verfolgte mitnichten das offiziell angegebene Ziel, den regulären Ablauf der Präsidenten-Wahl zu garantieren. Es ging vielmehr darum, China und den USA beim Run auf Coltan, Kupfer und Kobalt zuvorzukommen (siehe auch *SWB* 2/06). Nur sagen durfte man dies nicht, wie der damalige Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Walter Stützle in einem *Phoenix*-Interview bedauerte. „Im Kongo ist das Problem, dass der Öffentlichkeit von der Bundeskanzlerin nicht

gesagt worden ist, warum es eigentlich geht. Das konnte man in Paris sehr deutlich hören. In Paris hat man gehört, wir können Afrika nicht China und den Vereinigten Staaten überlassen, Punkt (...) Da man das aber eigentlich nicht sagen wollte, hat man dann die Erfindung mit der Wahl gemacht“, plauderte Stützle aus dem Nähkästchen. Gegenwärtig ist die Bundeswehr im Osten des Kongo, am Horn von Afrika, aktiv. Im Rahmen der „Operation Enduring Freedom“ (OEF) schützt sie dort unter anderem die vom Persischen Golf durch den Suezkanal nach Europa verlaufende Öl-Route vor Piraten. Und auch am Hindukusch wird die Ressourcen-Sicherheit der Konzerne verteidigt. Das Thema „Afghanistan“ müsse man ebenfalls im energie-politischen Kontext sehen, so Guttenberg in der trauten Davoser Runde mit Wenning und anderen bundesdeutschen ManagerInnen. Der Menschenrechtskontext ist dagegen nur etwas für die Galerie, wie der Verteidigungsminister in einem früheren Interview frank und frei bekannte: „Wir haben Gründe nachgeschoben, um in schwierigen Momenten auch einmal die Anerkennung unserer Bevölkerung zu bekommen“.

*Konzern- Willkür beenden!*



**Kämpfen Sie mit uns für eine lebenswerte Zukunft!**

## Abonnieren Sie STICHWORT BAYER.

STICHWORT BAYER - viermal jährlich über Konzern-Widerstand und Problemanalysen. Spannend, informativ und faktenreich.

1978 - 2008  
**30 Jahre CBG**  
www.CBGnetwork.org  
Coordination gegen BAYER-Gefahren

*Wir zeigen, was dahinter steckt!*

Die Abo-Gebühr soll  monatlich  vierteljährlich  halbjährlich  jährlich abgebucht werden.

**Bitte Absender angeben und Lastschrift zur Abbuchung der Abo-Gebühr ausfüllen. Danke.**

Name, Vorname	Geburtsjahr
Straße, Hausnr.	PLZ, Ort
Geldinstitut	Bankleitzahl
Konto-Nr.	Datum/Unterschrift

**Ja, ich möchte Stichwort BAYER abonnieren für jährlich  Euro**

Personen mind. 30,00 Euro, Gruppen/Firmen/Institutionen etc. mind. 60,00 Euro, höhere Beträge sind erbeten).

**Coupon bitte zurücksenden an**  
Coordination gegen BAYER-Gefahren  
Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf  
Fax 02 11 - 33 39 40, CBGnetwork@aol.com

**www.CBGnetwork.org**



# Spuren hinterlassen.

## Informationen zu Testament und Vermächtnis

Erbschaften und Vermächtnisse eröffnen weit in die Zukunft reichende Möglichkeiten und entfalten Wirkung für kommende Generationen. Wenn auch Sie meinen, dass Willkür und Machtmissbrauch der großen Konzerne eingedämmt und beendet werden müssen, dann kommt für Sie vielleicht ein Vermächtnis zur langfristig wirkenden Förderung für konzernkritische Arbeit infrage. Fordern Sie unverbindlich unseren leicht verständlichen Leitfaden an, der Ihnen sagt, worauf Sie bei Erbschaft und Vermächtnis achten müssen.

Bitte ausfüllen, abtrennen und per Post/Fax an:

**Fax 0211 - 26 11 220**

Absender/in:

-----  
Vorname, Name

-----  
PLZ, Ort

-----  
Straße, Haus-Nr.

-----  
Telefon, Fax

-----  
Alter

**Coordination gegen BAYER-Gefahren  
Postfach 15 04 18 40081 Düsseldorf**

**eMailCBGnetwork@aol.com**

## BAYERs bodenlose Bodenverschmutzung

## „Unglaubliche Konzentrationen“



BAYER lässt über die Dhünnaue-Deponie Gras wachsen: Vorbereitungen zur Landesgartenschau 2005

*Immer wenn der Leverkusener Multi ein Werk schließt, hinterlässt er verbrannte Erde. Pestizid-Rückstände, Benzol, Lösungsmittel und was über die Jahre sonst noch so alles bei der Chemie-Produktion angefallen ist, sickern aber auch über die Deponien des Konzerns in den Boden und gefährden so das Grundwasser.*

*Von Jan Pehrke*

Wo kommt das denn her? BAYERs Wolfenbütteler Werksleiter Christoph Sender konnte sich überhaupt nicht erklären, was da so alles an Chemikalien zum Vorschein kam, als am aufgegebenen Standort die Abbrucharbeiten begannen. „Fakt ist,

dass es entsorgt wird“, versicherte Sender umgehend.

Ein großes Wort, wie sich herausstellen sollte. Mit ein paar LKW-Fahrten zur nächsten Sondermüll-Verbrennungsanlage war es nämlich nicht getan. Auf eine

Fläche von 1.000 Quadratmetern erstreckte sich die Kontamination. Unter der Pestizid-Produktionsstätte, die 2004 mit dem Erwerb von AVENTIS CROPSCIENCE in den Besitz des Leverkusener Multis übergang, schlummerten nicht nur 325



Kilogramm Pestizide, sondern auch 3.000 Kilogramm Benzol sowie Lösungsmittel, Mineralöle und Schlacken. Für den größten Schadstoff-Eintrag hatte 1978 - damals stellte das heute ebenfalls zu BAYER gehörende Unternehmen SCHERING auf dem Gelände Ackergifte her - eine Explosion gesorgt, denn mit dem Löschwasser versickerte damals ein ganzer Chemie-Cocktail.

Diesen wieder hervorzuholen, stellte allerdings eine nicht zu unterschätzende Gefahr dar. „Wir müssen geschützt werden“, mahnten die AnwohnerInnen deshalb an. Und in der Tat erforderte die Sanierung des Areals umfangreiche Sicherheitsmaßnahmen, die der damalige Umweltbundesminister Sigmar Gabriel schon im Vorhinein absegnete: „BAYER ist ein hochgradig professionelles Unternehmen“. In abgedichteter Spezialkleidung hoben die ArbeiterInnen das professionell verseuchte Erdreich bis zu einer Tiefe von acht Metern aus. Dabei stießen sie auf weitere Flurschäden, so dass sich ihr Aktionsradius noch um 200 Quadratmeter erweiterte. Über der Grube spannte sich ein Zelt mit einer Filteranlage, um die Luft zu reinigen und Geruchsbelästigungen zu vermeiden. Ein halbes Jahr dauerte die Bergung der giftigen Hinterlassenschaft, und sanft ging es dabei nicht gerade zu. Obwohl das Erschütterungsprotokoll laut BAYER keine Verletzung der Grenzwerte anzeigte, führten die Arbeiten zu Rissen an einigen Häuserwänden im Umkreis.

Noch viel mehr Zeit nimmt die Reinigung des Grundwassers in Anspruch, in dem sich pro Liter bis zu fünf Milligramm Schadstoffe tummeln. 16 Brunnen pumpen die Chemie-Suppe nach oben und führen sie einer Reinigungsanlage zu. Zunächst fängt diese die Schwebstoffe auf, anschließend lotst sie das Wasser durch drei verschiedene Aktivkohlefilter, um es dann in einen Fluss einzuleiten. Nach einer Schätzung des Geologen Jürgen Röhrs, den die Behörden als Sachverständigen bestellten, wird die große Wäsche 50 Jahre dauern, BAYER hingegen will es in einer Dekade schaffen.

Im englischen Hauxton nahe Cambridge hinterließ der Global Player nach der Schließung eines Pestizid-Werkes ebenfalls verbrannte Erde: jede Menge Altlasten im Boden und im Grundwasser. Die Sanierung obliegt nun der Gemeinde. Diese wollte sich der Aufgabe allerdings

entledigen. Wenn sich ein Investor für das 15 Hektar große Areal fände, dann könnte man die Großreinigung einpreisen, so das Kalkül der KommunalpolitikerInnen. Es meldete sich mit HARROW ESTATES auch wirklich ein Interessent mit einem Wohnsiedlungsprojekt. Aber der erster Sanierungsplan der Firma sah nicht viel mehr als Schönheitsreparaturen vor, weshalb die Stadt ihn ablehnen musste. Erst der zweite fand in einer knappen Entscheidung ihre Gnade, obwohl eine als ehemalige BAYER-Beschäftigte gut informierte Stadträtin vor der Genehmigung gewarnt hatte. „Auf diesem Gelände sollte niemals gebaut werden, und ich würde dort nie ein Haus kaufen“, sagte Deborah Roberts. Viele EinwohnerInnen teilen ihre Meinung; in der Initiative STOP HAUXTON WASTE SITE haben sie sich zusammengeschlossen.

An die Öffentlichkeit gelangen solche Informationen über Umweltverschmutzungen immer nur, wenn BAYER sich von Liegenschaften trennt. Was der Konzern bei seinen Abbrucharbeiten auf eigenem Firmengelände so im Boden vorfindet, erfährt niemand. So dürfte es auch ein Geheimnis bleiben, wie stark die Produktionsstätte aus den 60er Jahren, die der Agro-Riese in Wuppertal gerade abreißt, die Erde verseucht hat. Und über die Hinterlassenschaften der Krefelder Chlor-Fertigungsstätte, dessen „Rückbau“ das Unternehmen angekündigt hat, bleibt wohl ebenfalls der Mantel des Schweigens gehüllt. Und dann wäre da ja auch noch der Normalbetrieb mit seinen bekannten Risiken und Nebenwirkungen ...

### Giftfässer ohne Boden

Aber nicht nur direkt unter den Fertigungsstätten finden sich schädliche Abfälle in der Erde und im Grundwasser. In den USA hat ein nunmehr zum Leverkusener Multi gehörender Ackergift-Hersteller zwischen 1969 bis 1971 Produktionsrückstände einfach in die Wüste geschickt. Mehr als vier Millionen Liter chemischer Substanzen, darunter Vorprodukte des berühmt-berüchtigten Agent Orange, lud er einfach unweit des Alkali Lake im Bundesstaat Oregon ab. Dort rosteten die Fässer vor sich hin, und die Chemikalien traten aus. Schließlich rückten Bulldozer an, um die Tonnen ganz zu zerstören - und die Substanzen endgültig dem Wüstensand zu überantworten. Die Regierungsbehörden verlangten vom Global Player, der die Rechtsnachfolge des Umweltver-

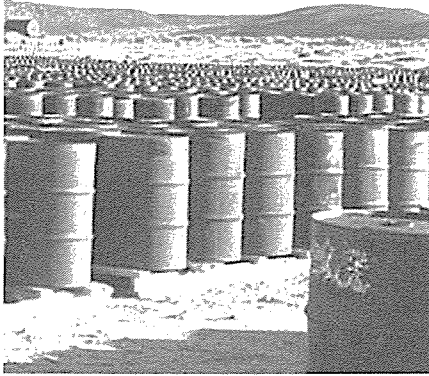


Protest zur Landesgartenschau 2005

schmutzers angetreten ist, sich in angemessener Form an der Altlasten-Sanierung zu beteiligen. Doch die Verhandlungen kamen nur mühsam voran, und da die Umweltbehörde Oregons sich nicht auf einen Rechtsstreit einlassen wollte, konnte der Agro-Riese das einfädeln, was KritikerInnen einen „Sweetheart Deal“ nannten. Er braucht mit 700.000 Dollar weniger als ein Drittel der Gesamtkosten von 2,4 Millionen Dollar zu tragen.

Zudem gelangen viele Gifte über den „Entsorgungsweg Wasser“ wieder in den Boden. Wenn beispielsweise Rhein und Wupper bei Hochwasser die Auen überschwemmen, lassen sie viele Schadstoffe zurück. Nach Auskunft des „Ingenieurbüros Feldwisch“ haben sich besonders Chrom und Quecksilber, von denen BAYER 2008 in Tateinheit mit weiteren Schwermetallen 10,4 Tonnen in die Gewässer leitete, im Erdreich abgelagert.

Auch die eigentlichen Bestimmungsorte für toxische Reste schützen die Umwelt oftmals nur unzureichend vor den BAYER-Gefahren. So präsentierte sich den ArbeiterInnen in Wolfenbüttel mit der Sondermüll-Deponie gleich noch ein weiterer Sanierungsfall. Die letzte Ruhestätte für die Gifte im nahe gelegenen Klein Biewende war nämlich nur unzureichend gesichert, weshalb beispielsweise Sickerwasser eindrang und die Chemikalien ausspülte. Der Leverkusener Multi gab sogleich Entwarnung: „Von der Deponie geht keine Gefahr aus“, leitete jedoch nichtsdestotrotz umfangreiche Maßnahmen ein. „Dabei befinden wir uns auf dem aktuellen Stand der Technik“, versicherte BAYERs Lothar Reinke, was nicht so ganz der Wahrheit entsprach, denn am sachgerechtesten wäre es gewesen, die Altlasten zu bergen. Allerdings auch am teuersten. Aus diesem Grund mumifiziert der Konzern die Abfälle nur für 2,5 Millionen



Chemiefässer in der Wüste

Euro - Sicherung statt Dekontamination lautet die Devise. Er zieht vertikale Sperrwände ein, um das seitlich einfallende Regenwasser abzuhalten. Das restliche leiten Drainage-Systeme ab, während Kunststofffolien das austretende Gas für Saugmaschinen auffangen, die es dann Aktivkohlefiltern zuführen. Nach oben hin dichten Schichten aus Ton, Erde und Kunststoff das Giftgrab ab. Nach unten hin bleibt hingegen alles offen: Die Deponie ist ein Fass ohne Boden.

Zudem sah BAYER sich nicht genötigt, die AnwohnerInnen rechtzeitig über die Ar-

beiten zu informieren. Das stieß auf einigen Unmut. „Die Politik des Unternehmens ist eine Katastrophe“, zürnte etwa der Bürgermeister des angrenzenden Remlingen, Klaus-Günter Warnecke (SPD). Seine sozialdemokratische Kollegin, die Samtgemeinden-Bürgermeisterin Regina Bollmeier, traute dem Agro-Riesen ebenfalls nicht über den Weg. Sie forderte eine Inventarliste der Deponie an und überprüfte die Unterlagen des Genehmigungsverfahrens.

In Wuppertal war die Lage der Dinge unter der Erde ähnlich. Dort hatten BAYER und die Stadt zwischen 1930 und 1950 einen ehemaligen Steinbruch an der Industriestraße als Müll-Deponie benutzt. 84.000 Kubikmeter Abfall kamen so zusammen, der das Grundwasser bis heute verunreinigt. Daran hat auch die 1990 vorgenommene Abtragung von 1.500 Tonnen Gefahrgut und eine Teil-Abdichtung nichts geändert. Deshalb steht nun eine Komplettsanierung an, zu deren Kosten von 850.000 Euro der Konzern nur ein Drittel beisteuert. Den Rest übernehmen die Stadt Wuppertal und das Land Nordrhein-Westfalen. „Sweetheart Deals“ allerorten.

### Der Fall „Dhünnaue“

Bundesweite Schlagzeilen machte seit Ende der 80er Jahre der Fall „Dhünnaue“; zu den Akten gelegt werden konnte er erst im Jahr 2005 (SWB 3/04). In der Nähe seines Hauptwerkes hatte BAYER auf dem Dhünnaue-Gelände von 1923 bis 1946 Blei, Quecksilber, Arsen, Chrom und andere Substanzen in rauen Mengen entsorgt und aus dem Areal so Europas größte Gift-Deponie gemacht. Nicht weniger als 126.000 Tonnen Schadstoffe sammelten sich dort. Trotzdem entstanden in den 50er Jahren auf der Konzern-Kloake Wohnsiedlungen und sogar Kindergärten und Schulen. Ruchbar wurde diese erst wieder durch einen Zufall. Die Stadt Leverkusen wollte 1986 neue Wohnhäuser errichten und musste im Rahmen des Bebauungsplans „Dhünnaue-West“ eine Umweltverträglichkeitsprüfung vornehmen. Diese förderte dann Umweltunverträglichstes zutage. Das Gutachten des „Landesamtes für Abfall und Wasser“ stellte fest: „Die untersuchten Boden-Eluate (Proben, Anm. SWB) zeigen eine mehr oder weniger hohe, teilweise extreme Belastung des Bodens mit Schadstoffen. Die Schadstoffe sind bereits so weit in den Untergrund eingedrungen, dass

# Wegwerf- gesellschaft neue Werte!

Die Krise als Chance: Raus aus der Konsumfalle.  
Wer Zinsen fürs Spargeld mit gutem Gewissen  
will, wählt unsere Anlageprodukte. Als ethisch-  
ökologische Direktbank investieren wir Ihr  
Geld sozial verantwortlich und machen alle  
Anlagen für Sie transparent.

wann wenn nicht jetzt  
[www.ethikbank.de](http://www.ethikbank.de)  
Telefon 036691-862345



**EthikBank**  
IN DER KRISE LIEGT DIE CHANCE

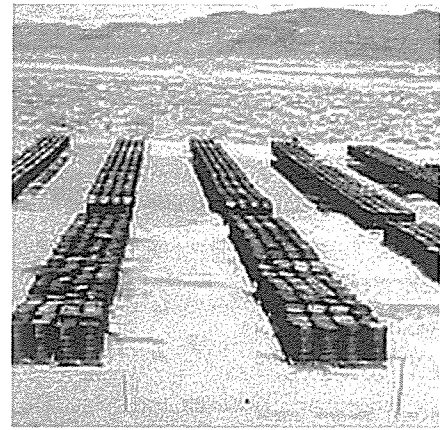
auch das Grundwasser davon betroffen ist. Dieser Umstand ist äußerst bedenklich, vor allem im Hinblick auf eine mögliche Gefahr für das Trinkwasser (...) Eine Kontamination z. B. spielender Kinder oder weidenden Viehs ist nicht auszuschließen". Das Urteil des Ingenieurbüros Björnsen fiel noch drastischer aus. „Die giftige Schwermetalle Chrom und Blei finden sich in schier unglaublichen Konzentrationen“, konstatierte es unter anderem.

Das blieb nicht ohne Folgen. Der medizinische Gutachter Hans Joachim Einbrodt untersuchte 828 AnwohnerInnen und diagnostizierte bei einem Viertel von ihnen „auffällige Befunde“ im Blutbild. Infolgedessen stieg die Krebsrate überproportional an. 15 Krebserkrankungen in 15 Jahren verzeichnete allein die über der Dühnnaue erbaute Schule, darunter fünf mit tödlichem Ausgang. Der Chemie-Multi leugnete jedoch jeglichen Zusammenhang zwischen den Krankheitsfällen und seiner Müllkippe. Und Ermittlungen gegen BAYER wg. Körperverletzungen stellte die Staatsanwaltschaft ein.

Sollte es bald heißen: „Wohnst Du noch oder stirbst Du schon?“ Dazu wollte es die Kommune nicht kommen lassen. Sie

schloss 1990 die städtischen Einrichtungen und startete ein Umsiedlungsprogramm. Unterdessen begann sie auch Verhandlungen mit BAYER über die Sanierung. Die Gespräche gestalteten sich allerdings schwierig. Insgesamt zehn Verträge waren nötig, damit der „partnerschaftliche“ Weg, wie die Stadt ihn nannte, zu Ende gegangen werden konnte. Vor dem Rechtsweg scheuten die LokalpolitikerInnen aber zurück. Der damalige NRW-Umweltminister Klaus Matthiesen hatte ihnen abgeraten, zu Ordnungsverfügungen zu greifen, weil es „wegen der Unklarheit der Rechtslage nicht erfolgversprechend erschien“.

Auch so dauerte es noch Jahre, bis die Arbeiten begannen. Erst 1995 ging es los. Der Leverkusener Multi erprobte zum ersten Mal die Methode der Mumifizierung, aber wegen des großen Schadenaufkommens gestaltete diese sich weit aufwändiger als später in Wolfenbüttel und Wuppertal. Und mit 200 Millionen Euro auch teurer, zumal der Staat „nur“ mit 50 Millionen beisprang. Eine fast vier Kilometer lange Sperrwand hegt Europas größte Sondermüll-Deponie nun seitlich ein, und noch immer muss BAYER stündlich 750 Kubikmeter verseuchtes Wasser



Nahe des Alkali-Sees

abpumpen und im werkseigenen Klärwerk reinigen, was jährlich mehrere Millionen Euro kostet.

Ein riesiger Flurschaden, über den der Konzern jetzt Gras wachsen lässt, ganz so wie in den 50er Jahren die Häuser - und zwar im buchstäblichen Sinn. Zum „krönenden“ Abschluss der Sanierung 2005 fand auf dem Gelände nämlich die Landesgartenschau statt. „Neuland entdecken“ lautete das Motto für die Aktion „Giftmüll verdecken“. Zur feierlichen Eröffnung hat die COORDINATION GEGEN

**Mehrwert für Linke**

Die Tageszeitung **junge Welt** Beilage: Beamtendeckelung

3 Wochen gratis

Abobothline: 030/53 63 55-81/-82  
abo@jungewelt.de www.jungewelt.de/abo

Unterstützt **junge Welt**, organisiert Probeabos!  
Die Probeabos sind kostenlos und unverbindlich und enden automatisch.

**Probeabo**

Bitte schicken Sie mir oder folgender Person die Tageszeitung **junge Welt** für drei Wochen kostenlos. Das Testabo endet automatisch.

Ja, ich bin damit einverstanden, daß Sie mich zwecks einer Leserbefragung zur Qualität der Zeitung, der Zustellung und zur Fortführung des Abonnements telefonisch kontaktieren. (jW garantiert, daß die Daten ausschließlich zur Kundenbetreuung genutzt werden.)

Frau  Herr

Name/Vorname  CBG

Datum/Unterschrift

Die Belieferung soll ab Montag, den \_\_\_\_\_ beginnen

Straße/Nr.

Ich ermächtige Sie hiermit, die Kostenbeteiligung von meinem Konto abzubuchen:

PLZ/Ort

Geldinstitut

Telefon

Kontonummer

E-Mail

An den Kosten beteilige ich mich freiwillig mit 6,00 € pro Testabo (bzw. einer Spende in Höhe

Bankleitzahl

von \_\_\_\_\_ Euro).

Datum/Unterschrift

Den Coupon schicke bzw. faxe ich an:

Verlag 8. Mai GmbH, Torstraße 6, 10119 Berlin, Fax: (0 30) 53 63 55 44





Deponie in Klein Biewende

BAYER-GEFAHREN deshalb mit einer Protest-Aktion auf diese Camouflage aufmerksam gemacht.

### Schutzgut Boden

Auf diese Weise haben BAYER & Co. mit der Herstellung ihrer Waren und dem, was davon übrig blieb, nach einer Studie der EU von 2007 europa-weit ca. 3,5 Millionen Grundstücke verunreinigt. Zehn Prozent aller Flächen sind „am Boden zerstört“; die Sanierungskosten beziffert die Untersuchung auf 38 Milliarden Euro.

Mehr als 100 Jahre Produktion ohne Rücksicht auf Verluste haben so ihre Spuren hinterlassen. Bedenkenlos haben die Konzerne lange Zeit ihre Abfälle einfach irgendwo abgeladen. Erst seit den 70er Jahren können die Unternehmen nicht mehr rundum sorglos entsorgen. In dieser Zeit entstand nämlich langsam ein Bewusstsein für den Müllhaufen, den die Industrie-Geschichte aufgetürmt hat, und für die Notwendigkeit einer Umkehr. 1972 verabschiedete der Europäische Rat eine Charta, die den Boden zum Schutzgut erhob. 1978 schließlich tauchte im Sprachgebrauch der Politik zum ersten Mal der Begriff „Altlast“ auf. Aber es sollte noch lange dauern, bis der Bewusstseinswandel sich auch in einem umfassenden Willen zur Veränderung der Situation widerspiegelte, denn erst 1985 veröffentlichte

die damalige Bundesregierung eine Bodenschutz-Konzeption. Und noch viel länger dauerte es, bis dieser Wille Gesetzeskraft erlangte: 1998 verabschiedete der Deutsche Bundestag das Bundesbodenschutzgesetz.

### Erbitterter Widerstand

BAYER & Co. haben damals alles Erdenkliche getan, um das Paragraphen-Werk zu verhindern, und sie handeln heute noch genauso, wenn das „Schutzgut Boden“ wieder auf die politische Agenda zu kommen droht. So mobilisieren die Unternehmen seit geraumer Zeit allen erdenklichen Widerstand gegen die geplante Bodenschutzrichtlinie der Europäischen Union, die angesichts des von den Multis in Tateinheit mit der Landwirtschaft initiierten Flächenbrandes Schadensbegrenzung betreiben will.

Der „Bundesverband der deutschen Industrie“ (BDI) erkennt „keine Wettbewerbsvorteile“ in der Regelung. Sie konterkariert nach Ansicht des Lobbyclubs zudem das EU-Ziel, Bürokratie-Abbau und Deregulierung zu betreiben. Einen Bodenzustandsbericht mögen sich die Unternehmen vor einem Grundstücksverkauf auch nicht abverlangen lassen, und schon gar nicht sollen ihn die zuständigen Behörden in die Finger bekommen. „Insbesondere diese Einbeziehung von Umweltbehörden in den privaten Grundstücksverkauf ist nach Auffassung der Industrie abzulehnen“, schreibt der BDI in seiner Stellungnahme. Überhaupt sieht der Verband sich zu Unrecht unter „Generalverdacht“ gestellt. Er begrüßt zwar die - nicht zuletzt wegen der Lobby-Aktivitäten von BAYER & Co. erfolgten - zahlreichen Änderungen gegenüber der ursprünglichen Version, beklagt sich jedoch darüber, weiter Hauptadressat der Richtlinie zu sein.



Der „Verband der Chemischen Industrie“ (VCI) möchte ebenfalls kein Schadensregister erstellen und bestreitet generell die Zuständigkeit der EU in dieser Angelegenheit. Die Regelung würde „deutsche Chemie-Unternehmen zusätzlich belasten, ohne für den Bodenschutz etwas zu bewirken“, resümiert der VCI.

Und natürlich spricht sich auch der „Dialog Wirtschaft und Umwelt“, eine mit VertreterInnen von BAYER und anderen Konzernen bestückte Nebenregierung der nordrhein-westfälischen CDU/FDP-Koalition, gegen das Vorhaben aus. Da der Boden - ganz im Gegensatz zu den nur auf kurzfristige Profite geeichten Konzernen - ein Langzeitgedächtnis hat, lassen sich 150 Jahre Industrie-Geschichte sowieso nicht mehr wegsanieren, meinen die DialogistInnen. Sie wollen ebenso wenig wie der BDI und der VCI mit den Kontaminationswerten herausrücken und warnen vor einem „erheblichen Vollzugsaufwand“. Auch „spezifische regionale Finanzierungsmodelle für Altlasten“, wie sie BAYER bereits zugute gekommen sind, möchte der „Dialog Wirtschaft und Umwelt“ nicht gefährden und ansonsten alles auf freiwilliger Basis halten. „Die EU-Bodenschutzrichtlinie sollte sich grundsätzlich auf ein Strategie-Papier mit empfehlendem Charakter begrenzen“, so der Dialog.

Der Großen Koalition war dieser Wunsch Befehl. Die Bundesrepublik gehörte zu den fünf Ländern, die sich gegen 21 EU-Mitgliedsstaaten stellte und in Brüssel gegen den Entwurf zur Bodenschutz-Richtlinie stimmte. Die CDU/FDP-Regierung setzt diese Obstruktionspolitik fort. So ist das, was die Bodencharta des Europäischen Rates festhält, immer noch nicht in die Köpfe der PolitikerInnen und Wirtschaftsbesse vorgedrungen: „Der Boden ist eines der kostbarsten Güter der Menschheit. Er ist ein fundamentaler Teil der Biosphäre und, zusammen mit der Vegetation und dem Klima, trägt er zur

RAGE AGAINST THE DEATH MACHINE

**Neuer Solidaritätssampler für Mumia Abu-Jamal**

**Doppel-CD mit über 30 Bands, u.a.** rebell der welt, grrzzz, ifire, chaoze one / lotta c, ewo², irie revoltes, die kleingeldprinzessin & die stadtpiraten, Dubmatix feat. Alton Ellis, zion train, radikal dub kollektiv, Instruktah D, Mad Cap & ALBINO, rogue steady orchestra, smoky texas, yok zed, sopot, webcam hifi, Audio Kollaps, laura & los angeles, Panteón Rococó, Abuea Coca, No Te Va Gustar, Smooth Lee, Wisecracker, muellsch, high tone, ganjaman, Kobayashi, nic knatterton, holger burner, Francesko, scorn, dub spener & trance hill u. v. anderen

FREE MUMIA NOW!



Herausgegeben von Role-Hite e.V. / Bestellungen über: Jump Up Bremen, Matthias Henk, Postfach 110447, 28207 Bremen, E-Mail: jumpup@t-online.de

B U C H T I P P

Ihr Einkaufsführer für nachhaltigen Konsum und gutes Leben!

Jetzt **NEU**:  
Berlin, Brandenburg  
Mecklenburg-  
Vorpommern!  
.... dort wo es Bio-  
Produkte gibt.



Ökologisch, fair ...

G U T S C H E I N :

... für kostenlose Exemplare, bitte gewünschte Ausgaben(n) ankreuzen, Ihre Adresse und € 1.45 Porto pro Buch an uns senden.

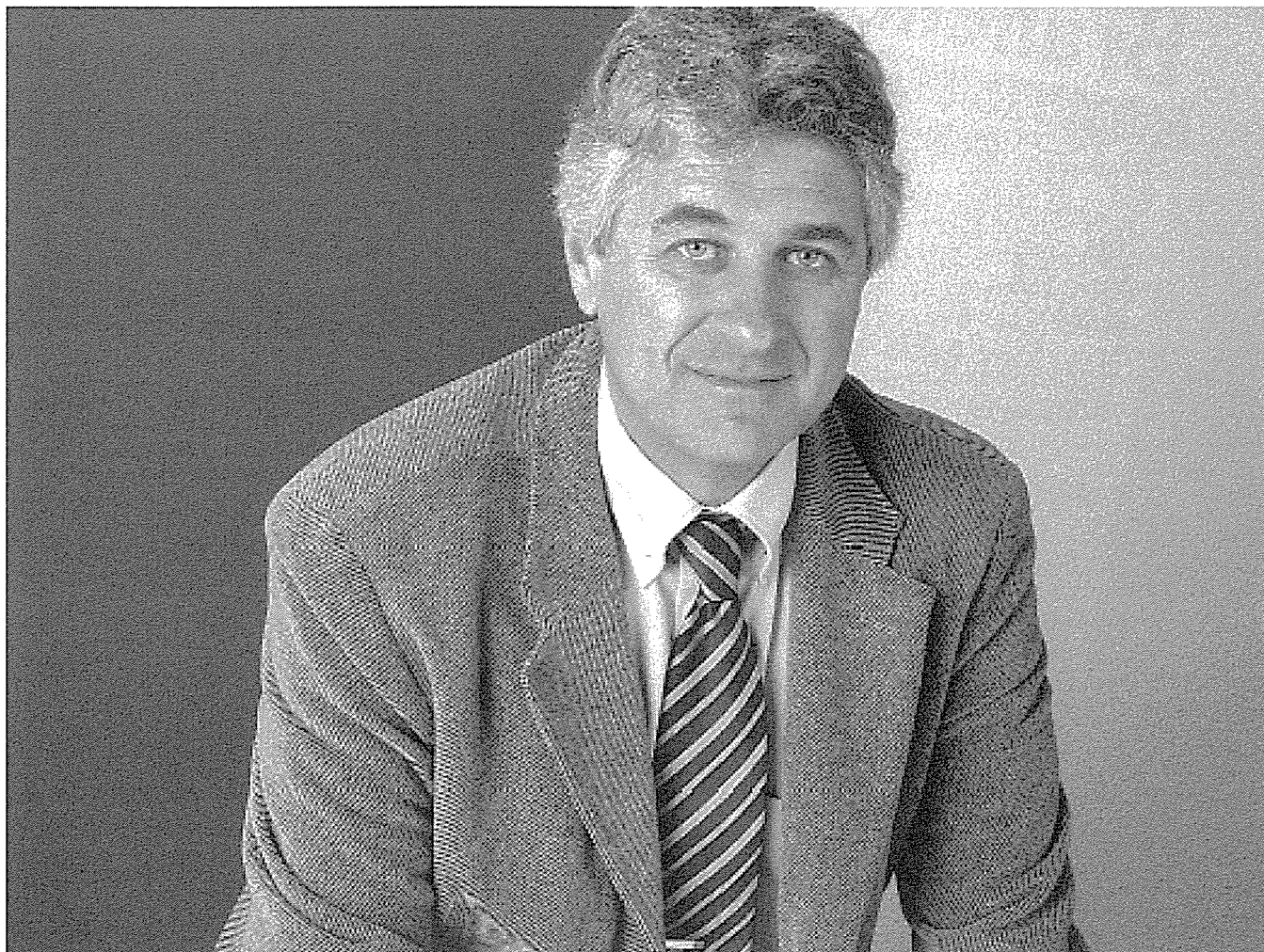
- Hamburg/Schleswig-Holstein
- Berlin/Brandenburg
- Nordrhein-Westfalen
- Niedersachsen/Bremen

Verlag Das grüne Branchenbuch  
Lasbeker Straße 9 - 22967 Tremsbüttel - Tel. 04532-21402  
Fax: 04532-22077 - [www.gruenes-branchenbuch.de](http://www.gruenes-branchenbuch.de)  
[service@gruenes-branchenbuch.de](mailto:service@gruenes-branchenbuch.de)

112 Seiten ISBN 978-3-932309-31-1

„Die Macht der Pharma-Lobby ist riesig“

# BAYER & Co. schassen Sawicki



Peter Sawicki

Die Maßstäbe, nach denen das „Institut für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen“ Arzneimittel bewertete, waren nicht diejenigen der Pharma-Riesen. Darum musste der Leiter Peter Sawicki Ende Januar 2010 gehen.

Von Jan Pehrke

„Hier ist im Prinzip der beste Pharma-Kritiker, den wir in Deutschland überhaupt gehabt haben, geopfert worden für die Interessen der Industrie“, so kommentierte der sozialdemokratische Gesundheitspolitiker Karl Lauterbach den Rausschmiss Peter Sawickis als Leiter des Arzneimittel begutachtenden „Institutes für Qualität

und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen“ (IQWiG). Und in der Tat haben BAYER & Co. sich von Anfang an gegen eine solche Einrichtung im Allgemeinen und Sawicki als Chef im Besonderen gewehrt. Der Facharzt für Innere Medizin und Diabetologie war dem Konzern nämlich kein Unbekannter, hatte er doch in der

Vergangenheit Kritik an seinem Diabetikum GLUCOBAY und seinem Herz/Kreislauf-Präparat ADALAT geübt.

So hat dann der vom Leverkusener Multi gegründete „Verband der Forschenden Arzneimittel-Hersteller“ (VFA) dem IQWiG seit seinem Arbeitsbeginn im September 2004 keine Ruhe gelassen. Ob die Institu-

tion Insulin-Innovationen, Alzheimer-Mittel oder Cholesterinhemmer analysierte, Asthma- oder Prostata-Therapien bewertete oder zu Stammzellen-Transplantationen Position bezog - dem VFA passte die ganze Richtung nicht. Dabei hatte gerade BAYER eigentlich gar keinen besonderen Grund, dem Arznei-TÜV zu grollen. Es ließ keine Pille aus Leverkusen durchfallen und stellte ASPIRIN bei der Behandlung von Herzinfarkten und Schlaganfällen sogar ein gutes Zeugnis aus. Nur zu einem Medikament des Konzerns äußerte sich der IQWiG-Leiter während seiner Amtszeit kritisch: zu dem schließlich auch vom Markt genommenen, zur Blutstillung bei Operationen eingesetzten TRASYLON.

Trotzdem versuchte der Pillen-Riese in Tateinheit mit der restlichen Branche, dem Institut auf allen erdenklichen Wegen die Arbeit zu erschweren. Big Pharma enthielt diesem unveröffentlichte Studien vor und setzte PharmazeutInnen unter Druck, keine Expertisen mehr für das IQWiG anzufertigen. Bei Zuwiderhandlungen drohten sie mit dem Streichen von Forschungsgeldern. „Als Forscher muss ich mir genau überlegen, ob ich 70.000 Euro für eine IQWiG-Studie annehme und dafür auf höhere Mittel der Industrie verzichte“, so schilderte Andreas Köhler, der Vorsitzende der „Kassenärztlichen Bundesvereinigung“, die Zwangslage der MedizinerInnen.

Dabei gaben die Unternehmen stets vor, im Sinne des Allgemeinwohls zu handeln. „PatientInnen-Wohl vs. Rationierungsbehörde“ - auf diese handliche Formel brachten sie den Konflikt. Die Pillen-Riesen schwangen sich zu Anwälten der PatientInnen auf, befließigten sich „ethischer Gesichtspunkte“ und diffamierten das Institut als Spar-Behörde, die Kranken dringend benötigte Pharma-Produkte vorenthält. Einen großen Teil der PatientInnen-Verbände wussten sie dabei hinter sich - nicht umsonst fördern die Konzerne deren Organisationen großzügig. Die besondere psychische Situation der Kranken, die sich in ihrem Leid oftmals an jeden pharmazeutischen Strohhalm klammern und Heil deshalb bevorzugt von BAYER & Co. erwarten, trägt ein Übriges zu diesem Schulterschluss bei. So konnte der VFA dann am 22.1.2010 von seinem Roundtable mit Selbsthilfegruppen vermelden: „Patienten fordern frühere und stärkere Beteiligung“. Nicht nur Prof. Dr. von Lilienfeld-Toal vom Deutschen Dia-

betikerbund hat dort laut Lobby-Club „die Arzneimittel-Bewertungen durch das IQWiG scharf kritisiert und eine bessere Umsetzung der bereits bestehenden Regelung zur Patientenbeteiligung eingefordert“. Die VertreterInnen der BAG Selbsthilfe und des Patienten-Forums taten es ihm gleich. Nur Burkhard Stork von der deutschen Morbus-Crohn-Vereinigung sprach sich auf der Veranstaltung für eine Stärkung der Kölner Einrichtung aus.

Auch die Medien nahmen sich die Multis vor. So berichtete das Magazin *stern* im Juni 2006 (Quelle: homepage des *sterns* am 5. März 2010): „In seiner neuen, bereits am Mittwoch erschienenen Ausgabe enthüllt das Hamburger Magazin *stern* den Fall des angeblichen Medizinjournalisten Adel Massaad, der sich im April 2006 dem *stern* als Informant angeboten und angeblich belastendes Material über IQWiG und dessen Leiter Peter Sawicki zur Verfügung gestellt hatte. Massaad, der in Geldern das 'Institut für Gesundheitsaufklärung (IFGA)' unterhält und einen Newsletter zu Gesundheitsthemen herausgibt, soll dabei nach detaillierten Informationen, die dem *stern* vorliegen, allein im Januar bis März 2006 mehr als eine Million Euro von Pharmafirmen und PR-Agenturen erhalten haben. Massaad dementierte die Zahlungen nicht, schaltete vergangene Woche aber einen Anwalt ein, um dem *stern* eine Veröffentlichung zu verbieten.“

Schon vor Jahren sprachen die Konzerne in Sachen „Sawicki“ beim Kanzleramt vor.

**„Die Macht der Pharma-Lobby ist riesig. Sie beeinflusst alles - vom Politiker über Gremien, über Zulassungsbehörden, über Ärzte-Organisationen, Ärzte bis hin zu Selbsthilfegruppen“, so Sawicki**

Darüber hinaus knöpften sich die Firmen Bundestagsabgeordnete vor. „Jeden Tag ist je-mand von der Industrie hier, der sich über Sie beschwert“, schilderte ein Parlamentarier Sawicki die „fürsorgliche Belagerung“.

Und die Politik hörte schließlich die Signale. Der jetzige Gesundheitsminister Philipp Rösler sah schon in seiner Funktion als niedersächsischer Wirtschaftsminister

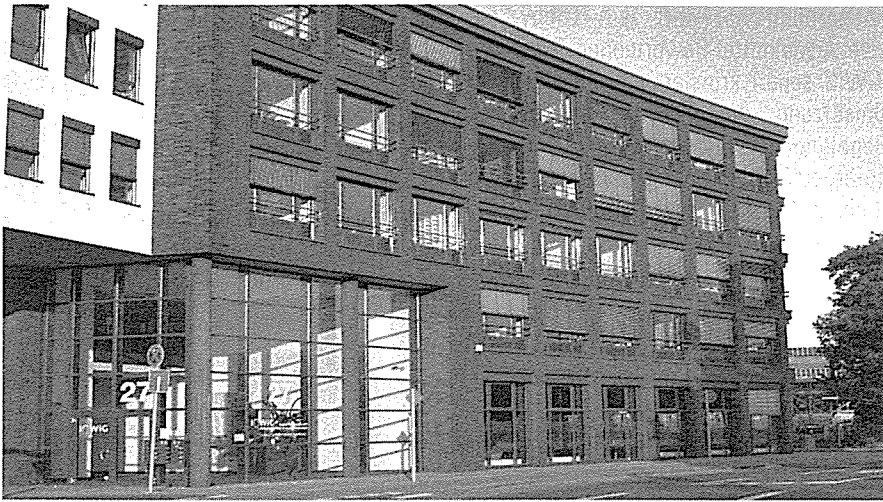


Das von Sawicki ungeliebte ADALAT

wie auch seine damaligen LänderkollegInnen „mit Sorge, dass das bisherige Vorgehen des IQWiG zu erheblicher Verunsicherung in der pharmazeutischen Industrie geführt hat“. Für die WirtschaftsministerInnen-Konferenz war das „volkswirtschaftlich nicht hinnehmbar“; an der Wettbewerbsfähigkeit sollte sich das Institut fortan orientieren. Und zu den von ChristdemokratInnen nach der Bundestagswahl aufgestellten „Kernforderungen an eine schwarz-gelbe Gesundheitspolitik“ gehörte dazu unabdingbar ein Führungswechsel: „Diese Neuausrichtung muss sich auch an der personellen Spitze des Hauses niederschlagen“. Im Koalitionsvertrag wurde diese Klientel-Politik dann amtlich. „Die Arbeit des Institutes für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen“ (IQWiG) werden wir auch unter dem Gesichtspunkt stringenter, transparenter Verfahren überprüfen und damit die Akzeptanz (...) verbessern“, kündigten CDU und FDP an.

Dann brauchte es nur noch einen Anlass, um den Arzneiprüfer loswerden zu können. Dieser war schnell gefunden. Sawickis Spesenrechnung musste den Vorwand für den Rausschmiss liefern. Ein angeblich ungenehmigt geleaster Dienstwagen, ein paar Business-Class-Flüge zuviel, zu Unrecht eingereichte Parkquittungen und Rasenmäher-Benzin im Wert von 25,20 Euro wurden dem Mediziner schließlich zum Verhängnis. Die Aufsichtsgremien des IQWiG beschlossen einstimmig Sawickis Ablösung, „um die hervorragenden Leistungen des Instituts nicht mit Diskussionen um ordnungsgemäße Verwaltungsabläufe zu belasten“, wie es hieß. Nicht nur der Delegierte des Gesundheitsministeriums und die von dem FDPler Georg Baum angeführte Krankenhaus-Gesellschaft votierten dabei gegen Peter Sawicki, sondern auch die VertreterInnen der ÄrztInnen und Krankenkassen.





IQWiG-Gebäude in Köln

BAYER & Co. hatten ganze Arbeit geleistet. „Die Macht der Pharma-Lobby ist riesig. Sie beeinflusst alles - vom Politiker über Gremien, über Zulassungsbehörden, über Ärzte-Organisationen, Ärzte bis hin zu Selbsthilfegruppen“, erklärte der abgesetzte IQWiG-Leiter resigniert. Aber schon im Vorfeld der Entscheidung hatte ihn weniger seine eigene Zukunft als vielmehr die des Institutes selber umgetrieben. „Mehr Sorgen macht mir deshalb, dass Pharma-Industrie und CDU-Abgeordnete klar gesagt haben, sie wollen beim IQWiG andere Prüfstandards einführen“, so Sawicki in einem *Taz*-Interview. Und nach der Vorarbeit zu urteilen, welche die Pillen-Hersteller auf diesem Gebiet schon geleistet haben, dürfte da in der Tat so einiges auf die Bundeseinrichtung zukommen.

Zunächst einmal fordern die Pillen-Riesen mehr Mitsprache-Rechte, während sie dem IQWiG das Recht bestreiten, neben der Beauftragung durch den „Gemeinsamen Bundesausschuss“ von Krankenkassen, Krankenhäusern und Kassenärztlicher Vereinigung auch auf eigene Initiative Arzneien zu überprüfen. Bereits in seinem Statement zu den vom IQWiG kurz nach seiner Gründung vorgestellten Bewertungsmethoden hatte der VFA geschmollt: „Frühzeitiger Input von Firmen-Experten ist grundsätzlich nicht erwünscht“. „Gerade bei der Frage der Beteiligung aller Betroffenen eines Verfahrens wird das IQWiG seine Gewohnheiten ändern müssen“, dekretierte der BAYER-Manager Wolfgang Plischke deshalb in seiner Funktion als VFA-Vorstandsmitglied im Jahr 2007. Vor allem beim Studien-Design haben die Hersteller vor, künftig ein Wörtchen mitzureden, denn die evidenz-basier-

te Medizin als Grundlage für den Pillen-Check bereitet BAYER & Co. so einige Schwierigkeiten. Die Firmen möchten ihre Pharma-Produkte nämlich lieber nicht nach streng wissenschaftlichen Kriterien, die nach objektiven Beweisen für den Nutzen eines Präparates suchen, begutachten lassen, weil sie die Resultate

**„Jeden Tag ist jemand von der Industrie hier, der sich über Sie beschwert“, schilderte ein Parlamentarier Sawicki die „fürsorgliche Belagerung“**

fürchten. So haben bisher zwar 26 von 31 Medikamenten den IQWiG-Test bestanden und ihren Nutzen erwiesen, aber eben keinen zusätzlichen im Vergleich zu den bereits vorhandenen Pillen. Und allein dieser würde eine Kostenerstattung der neuen und teuren Mittel durch die Krankenkassen rechtfertigen.

„Sie können nicht so viele neue, gute und fortschrittliche Medikamente entwickeln, also müssen sie auch nicht fortschrittliche Mittel zum Fortschritt erklären“, sagt Sawicki. Zu diesem Behufe wollen die Pillen-Riesen die Messlatte des IQWiG niedriger legen. „Dass auch Studien niedrigerer Evidenzgrade berücksichtigt werden müssen“, verlangt Plischke. Sein Chef Werner Wenning plädiert gleichfalls für „breitere methodische Ansätze der Bewertung des Nutzens“ und denkt dabei hauptsächlich an eine angemessene Würdigung der Bewährung im Alltag. Erst dort, wo die realen Bedingungen der PatientInnen-Versorgung gelten und nicht die sterile Labor-Atmosphäre klinischer Arz-

nei-Prüfungen herrscht, erweist sich für die Pillen-Produzenten die wahre Qualität eines Medikamentes. Wenn diese auch nicht mehr so exakt bestimmbar ist. Für den VFA heißt es bereits bei „einer anwendungsfreundlicheren Applikationsform, einer größeren Flexibilität bei der Arzneimittel-Einnahme oder einer geringeren Belastung pflegender Angehöriger“: quod erat demonstrandum.

Aber auch niedrigere Evidenzgrade wollen erst einmal ermittelt sein. Die Pharma-Multis setzen für den Praxis-Test drei bis fünf Jahre an, damit nach der Zulassung eine möglichst lange Abschöpfung der patent-geschützten Monopol-Gewinne gewährleistet ist. Dann bleibt den Herstellern zudem noch genug Zeit, „weiterführende Informationen bereitzustellen, welche in die Bewertung einfließen können“ - bzw. müssen. BAYER & Co. halten es für unabdingbar, „dass die Stellungnahmen nicht nur ‚eingeholt‘, sondern ‚berücksichtigt‘ werden“. Sogar ein Antragsrecht auf Neuüberprüfungen reklamiert die Industrie für sich.

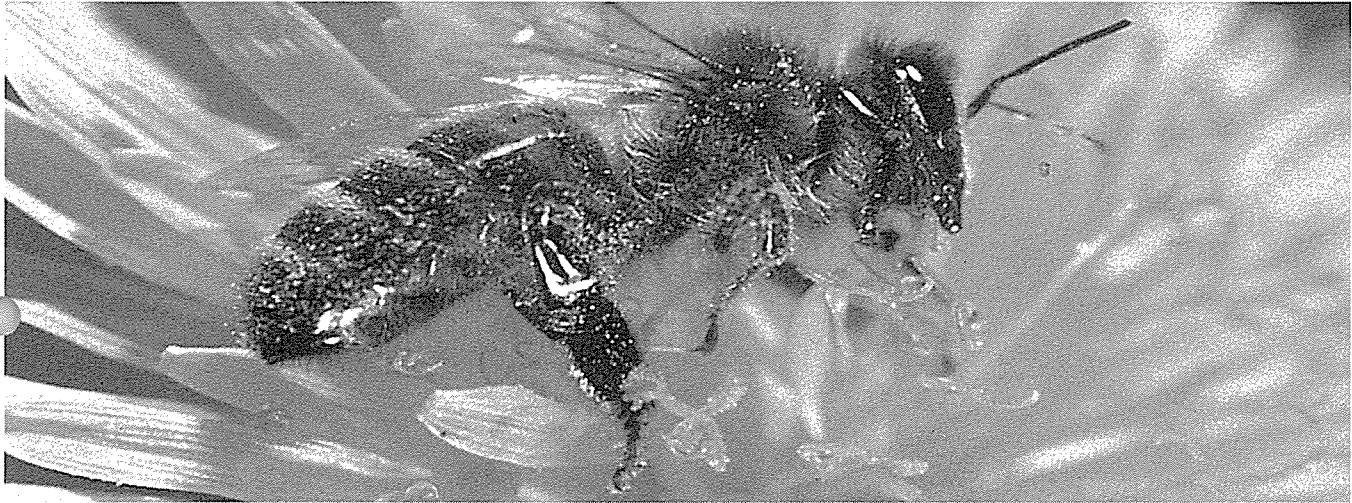
Mit der Einführung solcher „Reformen“ könnte eine Kontrolle der Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen bald beendet sein, ehe sie richtig begann. Bisher haben Sawicki & Co. nämlich nur den Nutzen von Arzneien und Therapien bewertet, den Kostenfaktor aber nicht mit in die Beurteilung einbezogen. Dies sollte erst zu einem späteren Zeitpunkt geschehen. Wenn es jetzt überhaupt noch dazu kommt, dann sicherlich nur unter sehr industrie-freundlichen Bedingungen.

www.direkteaktion.org	
	<p><b>Kalte Zeiten, heiße Seiten</b></p>
	<p>Zündstoff gegen die soziale Kälte</p>
	<p><b>DA</b> DIREKTE AKTION <small>unabhängige politische Zeitung</small></p> <p>Probeheft gratis! da-abo@fau.org</p>



Wegen Bienengefährlichkeit:

# Aus für BAYER-Pestizide



Bienen haben in den USA bald zwei unnatürliche Feinde weniger

Ein US-amerikanisches Gericht hat im Januar 2010 den Pestizid-Wirkstoff Spirotetramat aus dem Verkehr gezogen, da er eine Bedrohung für Bienen darstellt.

Von Philipp Mimkes

In den USA ist seit Mitte Januar 2010 der Verkauf des Pestizid-Wirkstoffes Spirotetramat, der in den BAYER-Mitteln MOVENTO und ULTOR enthalten ist, gerichtlich verboten. Die RichterInnen gaben damit dem Umweltverband NATURAL RESOURCES DEFENSE COUNCIL (NRDC) Recht, der eine Klage eingereicht hatte, weil die Risiken für Bienen bei der Genehmigung des in der Bundesrepublik bislang nicht zugelassenen Wirkstoffes nicht berücksichtigt worden waren. „Zwar hat die Umweltbehörde Environmental Protection Agency (EPA) Risiken von MOVENTO für Bienen festgestellt. Diese Erkenntnisse wurden bei der Zulassung jedoch ignoriert“, so Aaron Colangelo, Anwalt des NRDC. Nach Angaben der EPA zeigten die von BAYER eingereichten Unterlagen, dass Bienen das Pestizid mit der Nahrung in den Bienenstock einbringen, wodurch die Fortpflanzungsfähigkeit der Insekten beeinträchtigt werde. Die von Bienen aufgenommenen Mengen des Wirkstoffes führten zu einer „signifikanten Sterblichkeit“ und einer „massiven Verwirrung“ von Bienen und Larven. Dennoch war MO-

VENTO in den USA im Juni 2008 genehmigt worden. „Wir dürfen nicht zulassen, dass BAYER solch ein unkontrolliertes Experiment an Bienen im ganzen Land durchführt – ohne eine vollständige Kenntnis der Folgen“, mit diesen Worten begründete Colangelo den Gang vor Gericht.

**„Die Tatsache, dass die Firma BAYER bereits die Früchte eines fehlerhaften Zulassungsprozesses erntet, ändert nichts daran, dass die Zulassung ausgesetzt und der Verfahrensfehler korrigiert werden muss“**

Die JuristInnen wollten das auch verhindern. In dem am 23. Dezember ergangenen Urteil heißt es: „Die Tatsache, dass die Firma BAYER bereits die Früchte eines fehlerhaften Zulassungsprozesses erntet, ändert nichts daran, dass die Zulassung ausgesetzt und der Verfahrensfehler korrigiert werden muss.“ Die Richterin Denise Cote bemängelt außerdem, dass die EPA vor der Zulassung keine Stellungnahmen

von Umweltverbänden und ImkerInnen eingeholt hatte. Auch aus diesem Grund werde die Zulassung aufgehoben. Philipp Mimkes von der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) erklärte dazu: „Das Urteil ist ein großer Sieg für die Umwelt und den Schutz der Bienen. Wir fordern BAYER auf, alle Studien zu Spirotetramat – und zu Pestiziden grundsätzlich – öffentlich zugänglich zu machen. Nur so ist eine unabhängige Bewertung der Risiken möglich.“

Es gehören nämlich auch andere Ackergifte auf die Anklagebank: Im letzten Winter vermeldeten allein US-amerikanische BienenzüchterInnen bei 40 Prozent ihrer Bienenvölker Verluste. Dringender Tatverdacht besteht bei den Stoffen Clothianidin und Imidacloprid, enthalten in den BAYER-Produkten PONCHO bzw. GAUCHO, deren Gebrauch einige Länder wie die Bundesrepublik, Frankreich, Italien und Slowenien deshalb schon einschränkten oder ganz untersagten. Die CBG verlangt, diese zur Gruppe der Neonicotinoide gehörenden Substanzen weltweit aus dem Verkehr zu ziehen.

Der Hydrier-Vertrag:

# Fernöstliche Nachkriegsplanung?



Das IG-FARBEN-Hauptgebäude in Frankfurt/Main

*Am 11. Januar 1945 schlossen die IG FARBEN mit dem japanischen Heeresministerium noch einen Vertrag über das Hydrier-Verfahren ab. Welchen Sinn hat ein solches Paragraphen-Werk kurz vor dem absehbaren Ende des Zweiten Weltkriegs? Wollte der Mörderkonzern etwa schon einmal mit der Nachkriegsplanung für die fernöstlichen Absatzmärkte beginnen?*

*Von Dr. Janis Schmelzer*

Am 11. Januar 1945 trat der 10-Jahres-Vertrag auf dem Gebiet des Hydrierverfahrens zwischen dem „Heer des Kaiserreichs Groß-Japan“ (Dai-Nippon Teikoku Rikugun) und der IG FARBEN AG in Kraft.

Einen Tag später begann der Sturm auf den faschistischen Staat und seine Hauptstadt Berlin; als die Rote Armee von der Grenze Ostpreußens und der Weichsel bis zu den Karpaten zu ihrer Großoffensive

antrat. Im Westen scheiterte die Ardennenoffensive. Es war klar, dass der Endkampf nunmehr auf dem Ausgangsboden des deutschen Aggressors unmittelbar bevorstand. Der Abschluss eines Sepa-

rat- oder Verständigungsfriedens war zu dieser Zeit bereits ausgeschlossen. Die Mächte der Antihitler-Koalition akzeptierten nur noch die bedingungslose Kapitulation. Dennoch liegen von deutscher Seite die Unterschriften von zwei prominenten IG-FARBEN-Vertreten vor, die des Vorstandsmitglieds Heinrich Bütefisch, Direktor der LEUNA-Werke und die des Physikochemikers der BASF, Direktor Matthias Pier. Es ist erstaunlich, dass gerade diese beiden - in der NS-Zeit jeweils hoch dekoriert mit dem Ritterkreuz des Kriegsverdienstkreuzes - für einen aus heutiger Sicht absurd anmutenden, anachronistischen Mineralöl-Vertrag die Verantwortung übernahmen, denn beide Chemiker mussten sich tagtäglich mit den katastrophalen Auswirkungen der seit Monaten auf die über 12 Benzin- und Mineralöl-Hydrierwerke durchgeführten Luftangriffe befassen.

Welche Absicht verfolgte die Leitung des Konzerns, was war der eigentliche Sinn des Abkommens? Immerhin ging es um einen 10-Jahresvertrag. Für die Nachkriegszeit hatte der Mörder-Konzern bereits konkrete Vorkehrungen vom Spätsommer 1943 bis zum Jahreswechsel 1944/45 in zwei Planungsetappen mit mehr oder weniger Erfolg abgeschlossen. Das System der im Ausland getarnten IG-Werke war erfolgreich getestet, der Geld-, Gold- und Immobilien-Transfer in die neutralen Staaten abgesichert und die Auswahl neuer unbelasteter Kader getroffen worden. Nunmehr galt es, das laufende „Notprogramm“ bis zum endgültigen Zusammenbruch durchzubringen, um sich dann auf die Politik der Siegermächte, vor allem der USA, einzustellen.

Was sollte aber in diesem Zusammenhang eine solche Einzel-Aktion im Fernen Osten bewirken? Sie als eine sinnlose, abwegige Idee abzutun, wäre vorschnell. Vielleicht stellt sie eine bislang vernachlässigte Richtung in der Nachkriegsplanung dar, die den Fernen Osten, das Herrschaftsgebiet des in ähnlicher Lage befindlichen Bündnispartners, betraf? Welche wirtschaftlichen Überlebenschancen hatte Japan und in welchem Maße glaubte die IG FARBEN auch dort, im Fernen Osten, ihre Zukunftspläne zumindest ansteuern zu können? Eine bisher in der „Überlebensstrategie“-Forschung eher wenig beachtete und unterschätzte Betrachtung und Analyse der Zukunftspläne der IG FARBEN auf dem Sektor der neuen Stoffklassen der Kunststoffherzeugung, ausgehend vom neuen Fischer-Tropsch-

Verfahren, legt Karl Heinz Roth vor. Er weist in seinem Artikel „Die IG FARBEN im Zweiten Weltkrieg“ (1) auf die Bedeutung der von der IG beherrschten deutschen Hydrier-Fabriken seit den Jahren 1935/36 hin.

Die Hydrier-Werke der IG FARBEN, die das Mineralöl und ihre Derivate nicht durch Hochdruck-Synthese, sondern durch die Umwandlung von Koks in Gas-Generatoren zu Wassergas und die anschließende Hydrierung von Kohlenmonoxid gewinnen, versorgten die Luftwaffe mit Isooktan und hochviskösen Schmierölen, das Militär mit Chemiewaffen (Phosgen und Stabilisatoren), die Kriegsmarine mit Heizöl und die Gummi-Industrie mit dem für alle Waffengattungen wichtigen Stoff Buna S.

Karl Heinz Roth bezeichnet diese Entwicklung als „kriegswichtige Komponente“, die in die privatwirtschaftlichen Nachkriegsprojekte der IG eingewoben war. Es galt, alle neuen Stoffklassen der Kunststoffherzeugung zu erschließen, „um den Rückstand aufzuholen, in den sie seit 1938/39 beim internationalen Wettlauf ins neue Kunststoffzeitalter geraten war.“ Diese konkret historische Betrachtungsweise des Historikers Roth kann als Grundlage für die Echtheit des vorliegenden Vertrags herangezogen werden. Da wäre zunächst die politische Komponente: Im Memorandum zum Vertrag heißt es hochtrabend im faschistischen Jargon: „Zur Bewältigung der Japan und Deutschland für den Aufbau der Neuen Ordnung in der Welt gestellten großen Aufgaben und zur Erreichung der gemeinsamen großen Ziele haben, aufbauend auf der politischen Grundidee des Dreimächtepaktes und in Fortsetzung der in seinem Geiste geführten wirtschaftlichen Zusammenarbeit, der Kaiserlich-Japanische Heeresminister, handelnd für die Kaiserlich Japanische Armee, und die 'IG FARBEN Industrie Aktiengesellschaft' in Erkenntnis der Wichtigkeit der Ölversorgung für die gemeinsame Kriegsführung heute einen umfassenden Vertrag auf dem Gebiet des Hydrierverfahrens geschlossen.“ Die Vertragspartner berufen sich dabei auf den am 27. September 1940 in Berlin zwischen Deutschland, Italien und Japan geschlossenen Pakt zur Neuverteilung der Welt in „Ordnungssphären“ und zur gegenseitigen Unterstützung ihrer aggressiven Pläne. Deutschland und Italien erkennen darin Japans Vormachtstellung im „großasiatischen Raum“ an. Japan wiederum billigt Deutschland und Italien die



IG-Manager im Nürnberger Kriegsverbrecherprozess

Führung „bei der Schaffung einer neuen Ordnung in Europa“.

Diese im Januar 1945 wieder aufgewärmten, inzwischen aber überholten Phrasen aus der Zeit der deutsch-faschistischen Neuordnungspläne vom Sommer 1940 stehen in keinem Zusammenhang zum im Vertrag bekundeten „Erkenntnis der Wichtigkeit der Ölversorgung für die gemeinsame Kriegsführung heute“. Zu diesem Zeitpunkt hatte die IG und damit Deutschland nämlich mit der „eigenen Ölversorgung“ erhebliche Schwierigkeiten, und von einer „gemeinsamen Kriegsführung“ konnte keine Rede sein. Im Artikel IV wird kleinlaut eingeräumt, dass ein wesentlicher Teil der Maschinen und Apparate für die zu errichtenden Hydrieranlagen aus Deutschland „auf Grund der gegenwärtigen Lage“ nicht geliefert werden können. Deswegen beschränke sich die Hilfe der IG FARBEN im Wesentlichen auf die technische Beratung und Lieferung von Konstruktionsunterlagen. Sobald die Transportmöglichkeiten es gestatteten, werde die Nachlieferung erfolgen.

Wie kam es dennoch zu den obigen Formulierungen im Vertragstext? Zu dieser Zeit mussten nach wie vor die politischen Grundformeln bewahrt bleiben. Einzelheiten betrafen lediglich bereits getroffene Abmachungen bzw. Pläne. Vorlage für den Januar-Vertrag von 1945 war ein am 25. März 1942 verfasster Text der Patentkommission. Dieser Entwurf wurde mehrfach beraten, so auch auf der Sitzung der IG-

→

Patentkommission im April 1943, blieb damals aber auch weiterhin undatiert liegen. Dafür stand das „Großostasiatische Patent“ nach dem Muster des „Europäischen Patents“ im Vordergrund der Beratung. Die Anwesenden hielten den Zeitpunkt jedoch für verfrüht. Japan würde selbst noch nicht klar beurteilen können, wie sich die Verhältnisse in Nord-China gestalten, und Französisch-Indochina würde sich wehren.

Bislang waren bis zu diesem Zeitpunkt nur die im Juni 1940 von der IG FARBEN geplanten Großraum-Projekte „Europa-Patent“ unter deutscher Führung, das „Italienische Großraum-Patent“ für Süd- und Südosteuropa und ein eventuell mögliches „Englisches Patent“ bekannt - abgesehen von dem vor dem 1. Weltkrieg avisierten „Weltpatent“. Der Begriff „Großostasiatisches Patent“ taucht im Vertrag nicht auf. Im Artikel III, Ziffer 3 ist dafür die Rede vom „räumlichen Vertragsgebiet“, welches das Japanische Reich, China und Mandschuko umfasst. Darüber hinaus erklärt sich die IG grundsätzlich bereit, „die Lizenz nach Möglichkeit auch auf sonstige Länder und Gebiete, die in der weiteren Entwicklung zum unmittelbaren wirtschaftlichen Interessengebiet des

Japanischen Reiches gehören sollten, auszudehnen“. Die Vertragspartner einigten sich auf die Länder Birma, Thailand, Indo-China, die Philippinen und das frühere Holländisch-Ostindien. Am 25. 03. 1942 behandelte die IG-Patentkommission den „Stand der gewerblichen Schutzrechte der IG im groß-ostasiatischen Wirtschaftsraum“ und kam zu dem Schluss, dass nunmehr Einzelwünsche des Konzerns erarbeitet werden müssten: „Japan hat in seinem siegreichen Vordringen im ostasiatischen Raum viele Länder besetzt, und es muss die Frage der gewerblichen Schutzrechte in diesen Gebieten geprüft werden. Dabei wird man davon ausgehen müssen, dass Japan für sich die Vormachtstellung im ostasiatischen Raum beansprucht“. Darum wollte die IG eine juristische Absicherung. Im Vertrag sind devisen- und währungspolitische Maßnahmen, steuerpolitische und handelspolitische wie Kontingente und Lizenzen, Fragen des Niederlassungsrechtes, des Patentrechts, der Rohstoff-Beschaffung und der Erweiterung der Betriebsstätten verankert, die beim „Groß-ostasiatischem Patent“ vorgesehen waren. Die Sicherung dieser einzelnen Maßnahmen sind im Vertrag als „Schutzrechte“ der IG deklariert.

Fragen zur Echtheit des Dokuments einmal beiseite gelassen, bleibt dennoch offen, ob die Vertreter der IG FARBEN wirklich daran glaubten, mit solchen Mitteln nach dem Kriegsende ihren Einfluss auf die Gestaltung der Chemie-Wirtschaft im Fernen Osten sichern zu können. Auf jeden Fall waren zumindest langjährige Lizenz-Gebühren und erhebliche Zahlungen für die Anlagenbauten vertraglich abgesichert.

Anmerkung:

(1) Karl Heinz Roth: Die IG FARBEN im Zweiten Weltkrieg, www.wollheim-memorial.de/files/1000/original/pdf\_Karl\_Heinz\_Roth\_Die\_IG\_Farben\_Industrie\_AG\_im\_Zweiten\_Weltkrieg.pdf

Mehr als 80.000 Zugriffe in der Woche.

[www.CBGnetwork.org](http://www.CBGnetwork.org)

*Konzern-Wilddie beenden!* **Kämpfen Sie mit uns für eine lebenswerte Zukunft!**

**Bestellen Sie zusätzliche Freiverkaufs-Exemplare.**

Helfen Sie bei der Verbreitung von STICHWORT BAYER.  
Je mehr Menschen informiert werden,  
desto wirksamer die öffentliche Kontrolle.

1978 - 2008  
**30 Jahre CBG**  
[www.CBGnetwork.org](http://www.CBGnetwork.org)  
Coordination gegen BAYER-Gefahren

*Wir zeigen, was dahinter steckt!*

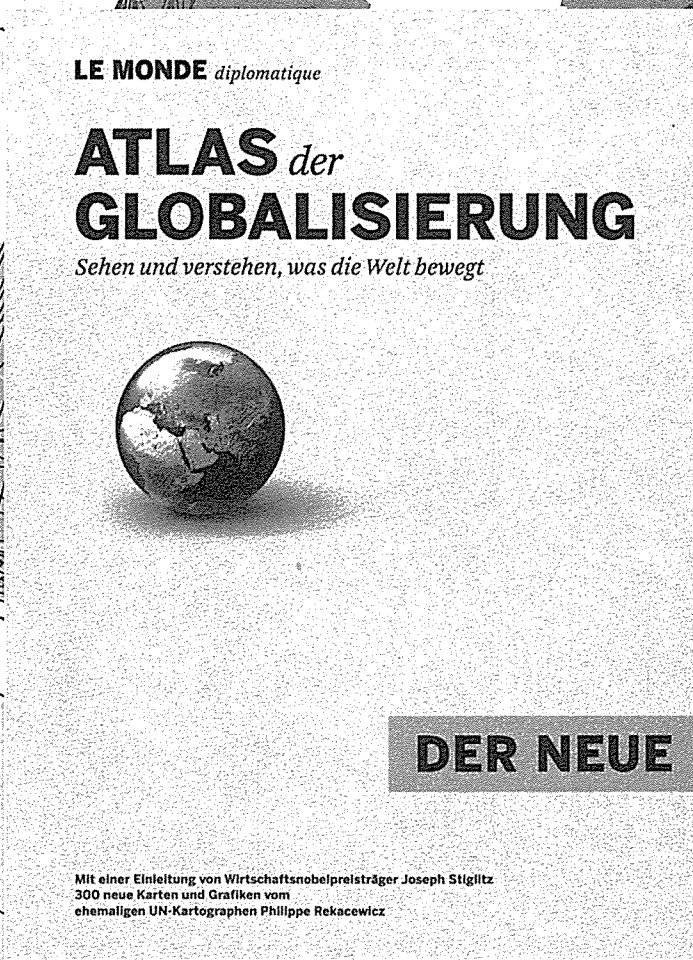
Ja, ich habe bereits abonniert und bestelle zusätzlich  **Zusatzexemplare**

Bitte Absender angeben und Lastschrift zur Abbuchung der Zusatzbeträge zustellen. Danke.

Im Ausgabepreis vom Montagsgesamtpreis von nur 1,50 je Heft (regulärer Verkaufspreis 5,00 Euro)

**Coupon bitte zurücksenden an:**  
Coordination gegen WYLH-Gefahren  
Postfach 15 01 18, 40001 Düsseldorf  
Fax: 02 11 - 30 39 40, [CBGnetwork@aol.com](mailto:CBGnetwork@aol.com)

[www.CBGnetwork.org](http://www.CBGnetwork.org)



# Antworten auf die Fragen der Welt

## Gebundene Luxusausgabe

### Atlas der Globalisierung für 23 €

Mit herausnehmbarer Karte „Die Welt von morgen“. CD-ROM für Windows, Mac und Linux, mit allen Texten, Karten und Schaubildern als Einzeldateien. 300 neue Karten und Grafiken. 216 Seiten, Format 23,5 x 30,5 cm ISBN 978-3-937683-25-6

## Großformatiges Paperback

### Atlas der Globalisierung für 13 €

300 neue Karten und Grafiken. 216 Seiten, Format 22,5 x 29,9 cm ISBN 978-3-937683-24-9

## Bestellen Sie unter:

[www.monde-diplomatique.de](http://www.monde-diplomatique.de)

Telefon (030) 25 90 21 38



**LE MONDE** diplomatique  
Der globale Blick

Die IG-FARBEN-Saga auf DVD

# „Es kann keinen Schlussstrich geben“



Heinrich Beck (Bruno Ganz) überwacht den Bau des IG-FARBEN-KZs Monowitz

Mitte der 80er Jahre hat der Filmemacher Bernhard Sinkel ein düsteres Kapitel deutscher Industrie-Geschichte aufgeschlagen und sich in einem TV-Mehrteiler dem von BAYER mitgegründeten Mörder-Konzern IG FARBEN gewidmet. Nun ist das Werk auf DVD erschienen.

Von Burkhard Illschner

Der 65. Jahrestag der Befreiung des KZ Auschwitz Ende Januar war vielen Medien ein Anlass für Rückschauen auf die brutale Vernichtungsmaschinerie des Hitlerfaschismus. Aber nur selten fand dabei

Erwähnung, dass dieses KZ nicht nur ein „Produkt“ des Naziregimes, sondern ganz wesentlich auch der IG FARBEN gewesen ist. Eigens für diesen gigantischen Chemie-Konzern war ab 1940 das Lager Aus-

chwitz III (Monowitz) errichtet worden, hier wurden synthetischer Kautschuk (Buna) und synthetisches Benzin produziert, was Hitler den Krieg verlängern half.

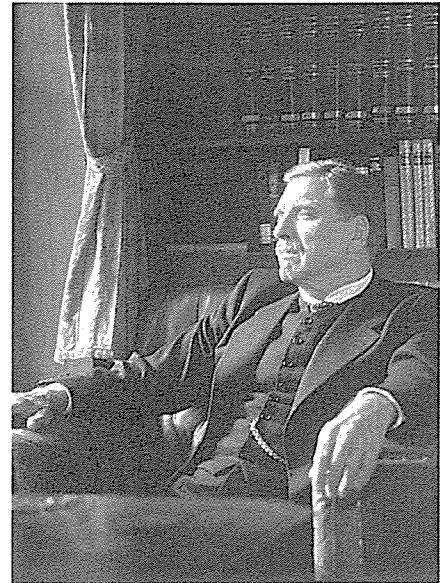
Wenige Tage vor dem Gedenktag zur Auschwitz-Befreiung ist eine DVD-Kollektion erschienen, die in packender und bewegender Form an dieses dunkle Kapitel deutscher Industriegeschichte erinnert: Fast 25 Jahre ist es her, dass sich der soeben 70 Jahre alt gewordene Autor und Regisseur Bernhard Sinkel filmisch mit der Geschichte der IG FARBEN auseinandergesetzt hat. „Väter und Söhne“ hieß der 1986 erstmals ausgestrahlte vierteilige Fernsehfilm, der anlässlich Sinkels Geburtstag jetzt – endlich – auf DVD erschienen ist. „Es kann keinen Schlussstrich geben“, so gibt Sinkel in einem aktuellen Interview seinen Antrieb wieder, Mitte der achtziger Jahre dieses Projekt anzugehen.

Thema der ungewöhnlichen „Familien-Saga“ ist ein Stück deutscher Industrie- und Zeitgeschichte, dargestellt anhand eines fiktiven Chemiefabrikanten-Clans zwischen Beginn und Mitte des 20. Jahrhunderts. Unternehmer Carl Julius Deutz (Burt Lancaster) dirigiert seine Firma und seine Familie patriarchalisch durch Kaiserreich und Ersten Weltkrieg und verdient gut dabei. Zum einen mindert die so genannte Ammoniak-Synthese die Abhängigkeit des Reichs von Salpeter-Importen, die für Sprengstoff- und Munitionsproduktion unerlässlich sind; das offiziell nach seinen Erfindern Fritz Haber und Carl Bosch benannte Verfahren wird im Film von Deutz-Schwiegersonn Heinrich Beck (Bruno Ganz) entwickelt. Zum anderen zeigt Sinkel eindringlich, aber auch mit einer Portion gesunden Zynismus, wie im Deutz-Konzern die Giftgas-Entwicklung vorangetrieben und getestet wird. Sohn Friedrich Deutz (Dieter Laser) überlebt zwar einen heldenhaften Selbstversuch nur knapp, das hindert ihn aber später nicht an den entsprechenden Geschäften. Lange wehrt sich der eigensinnige Patriarch gegen die von Sohn Friedrich und Schwiegersonn Heinrich betriebene vaterländische Kooperation mit der Konkurrenz und die angestrebte Fusion zur IG FARBEN (in der Wirklichkeit ganz wesentlich initiiert durch den damaligen BAYER-Chef Carl Duisberg). Vergeblich: Nach dem Tode des alten Deutz steuern die beiden Erben als IG-Führer den Mammut-Konzern mal gierig-begeistert, mal zaudernd direkt in die Zusammenarbeit mit den Nazis, in weitere Kriegsgeschäfte und vor allem in die Vernichtungsmaschine „IG Auschwitz“. Der Film endet mit dem Nürnberger Kriegsverbrecher-Prozess gegen die IG-Führung 1947 - und lässt keinen Zweifel

daran, dass die verbrecherischen Manager dabei mit (zu) glimpflichen Strafen davorkamen. Sinkel präsentiert diesen brisanten Stoff als eine typische Fernseh-Miniserie – mit Herzschmerz und Eifersucht, Seitensprung und Intrigen, Trauer und überbordender Freude. Es ist diese Dramaturgie, die den Film so beeindruckend macht: Der Zuschauer sieht Männer, die für Profit und Macht buchstäblich über Leichen gehen, als Menschen mit Stärken und Schwächen; er sieht, wie andere in ihrem Umfeld sie kritisieren oder sich abkehren – ohne dass dies an ihrer Gier und ihrer Skrupellosigkeit letztlich etwas änderte. „Väter und Söhne“ war und ist ein in Besetzung wie Kulisse opulentes Werk. Es ist ein aufrüttelndes, aber auch widersprüchliches Manifest. Es ist ein fulminantes Kultur- und Sittengemälde, aber auch eine knapp neun Stunden währende Schmonzette, die sich wechselseitig immer wieder selbst erfindet und ad absurdum führt. Und es ist eine Anklage, die so entschlossen und so Zweifel weckend zugleich daherkommt, dass sie den interessierten ZuschauerInnen eine weitergehende Auseinandersetzung mit der Geschichte der IG FARBEN geradezu aufzwingt: Unterhaltungsfernsehen als Initiator politischen Interesses

**Die Familien-Saga als Verpackung ist eine geschickte Täuschung, lässt sie doch gelegentlich den Eindruck einer Verharmlosung entstehen – nur um diesen sogleich durch die brutale Offenheit in der Darstellung der Verbrechen der IG FARBEN zu zerstören.**

und Engagements. All dies macht „Väter und Söhne“ zu einem wichtigen und eigentlich heute viel zu wenig beachteten Werk. Zwar liefen die vier Folgen 1986 im ersten ARD-Programm, zwar haben ARD, 3sat und WDR die Serie zwischen 1990 und 2000 je einmal wiederholt – aber das war auch schon alles. Knapp zehn Jahre lang hat es im sonst so wiederholungs-trächtigen öffentlich-rechtlichen Fernsehen keine weitere Ausstrahlung gegeben. Das hat prompt zu Spekulationen geführt. Schon 2006 erschien in einem Internet-Forum die Vermutung, die „immer noch existierende Firma IG FARBEN ... (könne) ihren Einfluss geltend gemacht und ... eine Wiederholung verhindert“ haben. Nährboden fanden solche Gerüchte in



Burt Lancaster alias Geheimrat Deutz alias Carl Duisberg

Veröffentlichungen wie der des ehemaligen Grimme-Direktors Lutz Hachmeister. Der hatte 1993 in einer Bilanz angedeutet, die Aufführung des Sinkel-Vierteilers im Grimme-Institut 1987 habe Sponsoren wie die damaligen CHEMISCHEN WERKE HÜLS AG in Marl, eines der Unternehmen aus der von den Alliierten vorgenommenen Zerschlagung des IG-FARBEN-Konzerns, verärgert. Während Hachmeister auf diesbezügliche Nachfragen des Autors nicht reagierte, hat Sinkel selbst, auf derartige Vermutungen angesprochen, dergleichen als „schwer zu beweisen“ abgewehrt und setzt dem eine profanere These entgegen. Im aktuellen Interview, das als DVD-Bonus mitgeliefert wird, bedankt er sich nachdrücklich beim WDR der achtziger Jahre, der ihm damals alle Freiheiten gelassen habe – und kritisiert, dass heutige Programmgestaltung so sendezeit-aufwändige Filme wie „Väter und Söhne“ jenseits aller Qualitätserwägungen zu blockieren scheine.

Apropos Qualität: „Väter und Söhne“ glänzt dank hervorragender Besetzung durch viele szenische Highlights, die wiederholtes Anschauen unverzichtbar machen. Da gibt es leidenschaftliche Höhen und Tiefen im Familienleben des Deutz-Clans wie etwa die Auseinandersetzung des Patriarchen mit seinem abtrünnigen Enkel Georg (Herbert Grönemeyer) oder die Liebesaffäre von Georgs Mutter Charlotte (Julie Christie) mit dem Freund des Sohnes, Max Bernheim (Hannes Jaenicke). Nicht weniger beeindruckend sind etliche Szenen des politischen Geschehens, beispielsweise die patriotischen Bekenntnisse des jüdischen Konzern-Ban-





IG-Giftgast im 1. Weltkrieg

kiers Bernheim (Martin Benrath als Vater von Max), der die Verfolgung durch die Nazis erst zu verdrängen sucht („der Pöbel regt sich auf, der Pöbel beruhigt sich wieder“), ihr dann mit Stolz entgegentritt („ich wünsche, über die Vordertreppe hinausgeworfen zu werden“) – und schließlich doch ihr Opfer wird.

Aufrüttelnd wirkt auch die akribische Darstellung der Verflechtung zwischen deutscher IG FARBEN und US-amerikanischer STANDARD OIL, die nach 1945 maßgeblich Nürnberger Prozess und Struktur der Chemieindustrie beeinflusste. Packend zeichnet Sinkel den genialen, aber auch zerrissenen Chemiker Heinrich Beck: Der ergeht sich in kindlicher Freude über wissenschaftliche Erfolge oder den Nobelpreis, ist bezüglich der Kooperation mit den Nazis hin- und hergerissen, demonstriert zynisch entschlossene Mittäterschaft ebenso glaubwürdig wie dumpfe, alkoholisierte Verzweiflung – die Rolle, der 1986 in etlichen Kritiken Charakterelemente von Carl Bosch und Fritz Haber nachgesagt wurden, wäre in ihrer Intensität ohne ihren nicht minder genialen Darsteller Bruno Ganz schwer denkbar.

Aus heutiger Sicht gehört es übrigens zu den herausragenden Skurrilitäten dieses Films, Beck in jener historisch verbrieften Auseinandersetzung mit Adolf Hitler zu erleben, in der der IG-FARBEN-Manager um die Sicherheit der jüdischen Wissenschaftler bettelte, worauf der Führer ihn aus der Reichskanzlei werfen ließ. In Wirklichkeit hat dieser Streit zwischen Hitler und Carl Bosch stattgefunden – im Film trifft Hans Brenner als Hitler auf jenen Bruno Ganz (als Beck), der 18 Jahre später in Bernd Eichingers Film „Der Untergang“ selbst den Führer spielen sollte. Zusammengefasst kann man Sinkels jetzt

endlich wieder verfügbares Werk als eine Abrechnung der ungewöhnlichen Art bezeichnen: Die Familien-Saga als Verpackung ist eine geschickte Täuschung, lässt sie doch gelegentlich den Eindruck einer Verharmlosung entstehen – nur um diesen sogleich durch die brutale Offenheit in der Darstellung der Verbrechen der IG FARBEN zu zerstören. Am Ende bleibt die Abrechnung – historisch und politisch bedingt – unsaldiert. Sinkel weist nicht nur auf die Nürnberger Urteile hin, sondern auch auf die Tatsache, dass viele IG-FARBEN-Führer wichtigen Anteil haben durften am wirtschaftlichen Aufbau der BRD. Er betont die aktuelle Macht von Konzernen wie BAYER, BASF oder HOECHST (heute SANOFI-AVENTIS) als ehemalige IG-FARBEN-Teile. Und die Bonus-Dokumentation über die IG FARBEN stellt heraus, dass dieser Konzern als „AG

**Sinkel weist nicht nur auf die Nürnberger Urteile hin, sondern auch auf die Tatsache, dass viele IG-FARBEN-Führer wichtigen Anteil haben durften am wirtschaftlichen Aufbau der BRD**

in Abwicklung“ (AG i. A.) bis heute nicht endgültig liquidiert, sondern nach wie börsennotiert ist. Unerwähnt bleibt, dass diese andauernde Existenz der IG FARBEN jahrzehntelang zur Blockade durchgreifender Entschädigungen für die ZwangsarbeiterInnen beigetragen hat. Unerwähnt bleiben auch die aktuellen (auf den alten IG-FARBEN-Profiten aufgebauten) Geschäfte von BAYER und anderen Nachfolgern – beispielsweise in Agrochemie, Gentechnik oder im Pharmasektor – und deren soziale wie ökologische Folgen. Es darf noch keinen Schlussstrich geben.

Sinkel, Bernhard: „Väter und Söhne – eine deutsche Tragödie“; mit Bruno Ganz, Dieter Laser, Martin Benrath, Burt Lancaster, Julie Christie u. v. a.; Copyright 1986 Bavaria Atelier GmbH für den WDR; herausgegeben von der Studio Hamburg GmbH, 2010, in der ARD-Video-Serie „Große Geschichten“ (Teil 27); vier DVDs mit 20-seitigem Booklet und Bonus-Material (Dokumentarfilm über das IG-FARBEN-Haus, Interview mit Bernhard Sinkel).

*Der vorstehende Artikel stammt aus der Zeitschrift Waterkant - Umwelt + Mensch + Arbeit in der Nordseeregion (ISSN 1611-1583, www.waterkant.info), Jahrgang 25, Heft 1 (März 2010)*

## Impressum



Stichwort BAYER - Die anderen Informationen zu einem multinationalen Chemiekonzern  
28. Jahrgang  
Postvertriebsstück G 10848  
Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf,  
Fon: (0211) 333911, Fax: (0211) 333940

Herausgeberin und Vertrieb:  
COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e. V. (CBG e. V.)  
Für mehr Umweltschutz und sichere Arbeitsplätze bei BAYER - weltweit.  
Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf.  
e-mail: CBGnetwork@aol.com  
http://www.CBGnetwork.org  
Wir bitten um Zusendung von LeserInnen-, Protest- und Bestellbriefen.

Die CBG ist ein internationales Selbsthilfe-Netzwerk, das vom multinationalen BAYER-Konzern Betroffene und an diesem Konzern Interessierte zusammenschließt und die Tätigkeit dieses Multis kritisch begleitet. Ziel der Arbeit ist es, die von BAYER ausgehenden Gefahren für Mensch, Tier und Mitwelt bekanntzumachen, einzudämmen und möglichst ganz abzustellen. Konzernkritik braucht Unterstützung. *Stichwort BAYER* braucht AbonnentInnen. Nutzen Sie den Coupon der Abo-Anzeige in diesem Heft und abonnieren Sie. Oder - noch besser! - werden Sie (Förder-)Mitglied unseres Netzwerkes. Im Rahmen einer (Förder-)Mitgliedschaft erhalten Sie *Stichwort BAYER* automatisch ohne weitere Kosten. Je ein Exemplar von *Stichwort BAYER* wird dem Vorstand des BAYER-Konzernes, Kaiser-Wilhelm-Allee, 51373 Leverkusen, übersandt. LeserInnen haben somit die Möglichkeit, die Konzernleitung zu bitten, zu bestimmen, in *Stichwort BAYER* behandelten Themen, Stellung zu beziehen.

Redaktion: Vi.S.d.P. Hubert Ostendorf (ho), CvD: Axel Köhler-Schnura (aks), Mitarbeit: Philipp Mimkes (pm), Uwe Friedrich (uf), Jan Pehrke (jp), Udo Hörster (uh)

Verlag: Eigenverlag

Vertrieb: CBG

Layout: Michaela Justus

Druck: Mediengruppe Neuer Weg GmbH

Bankverbindung: GLS-Bank, Konto-Nr. 8016533000  
BLZ 430 609 67, IBAN DE88 430 609 67 8016 533 000  
BIC GENODEM1GLS

Anzeigen: Es gilt die Anzeigenpreisliste vom 01.01.2005 (1/1 S. sw 800,- Euro, zzgl. MWSt.)

*Stichwort BAYER* erscheint in 4 Ausgaben pro Jahr jeweils zum Ende des Quartals.

**Bei Umzug bitte neue Adresse mitteilen**  
Die Post teilt uns bei Umzug die neue Adresse nicht mit. Soll *Stichwort BAYER* Sie auch weiterhin erreichen, informieren Sie uns bitte über Ihre neue Anschrift.

Der Nachdruck von Artikeln aus *Stichwort BAYER* ist ausdrücklich erwünscht. Honorar nach Vereinbarung. Diskette oder eMail bitte unter 0211/33 39 11 anfordern. Bitte Quelle angeben und zwei Belegexemplare übersenden. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Bilder und Fotografien wird keine Haftung übernommen. Rechtlich geschützte Warenzeichen werden in *Stichwort BAYER* ohne gesonderten Hinweis genannt. Daraus ist nicht auf die freie Verwendbarkeit der Markennamen zu schließen.

**Auszeichnungen:**  
COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e. V. erhielt 1999 den Preis des Kirchlichen Entwicklungsdienstes Oberhausen sowie 1998 und 1990 den Preis von Business Crime Control. Das CBG-Vorstandsmitglied Axel Köhler-Schnura erhielt den „Preis für Zivilcourage 2000“.

**Beirat:** Dr. Erika Abczynski/Kinderärztin/Dormagen, Eva Bulling-Schröter/Mitglied des Bundestags/Berlin, Wolfram Esche/Rechtsanwalt/Köln, Prof. Jürgen Junginger/Designer/Krefeld, Dr. Sigrid Müller/Pharmakologin/Bremen, Prof. Dr. Jürgen Rochlitz/Chemiker/Burgwald, Dr. Janis Schmelzer/Historiker/Berlin, Prof. Dr. Anton Schneider/Baubiologe/Holzham, Dorothee Sölle/Theologin/Hamburg (+ 2003)



VERLAG WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

2. gründlich überarbeitete und erweiterte Auflage

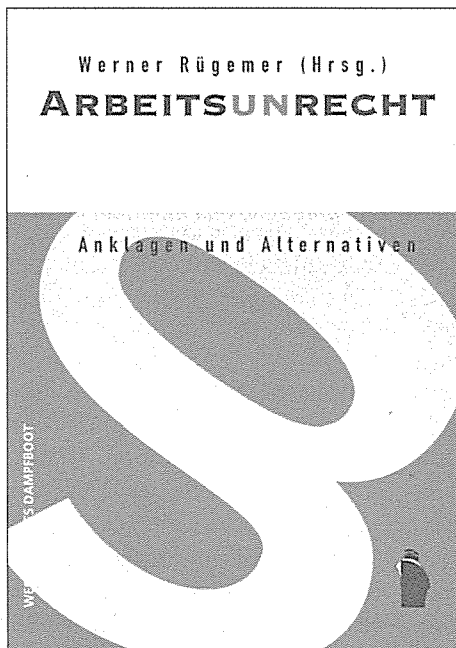


2009 - 312 S. - € 29,90

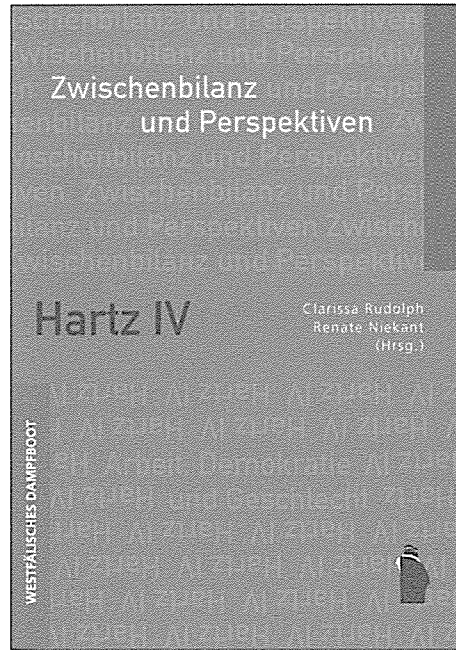
„Wir haben es hier zu tun mit einem spannenden, mit soziologischer Phantasie geschriebenen Buch über die Reichen und Mächtigen sowie die Weisen, wie sie ihre Herrschaft ausüben.“

UTOPIE kreativ

Die weitergehende Verletzung von Arbeits- und Sozialrechten wird in der neoliberal orientierten Gesellschaft zur systemischen Praxis, in der Unrecht stetig verrechtlicht wird.



2009 - 251 S. - € 24,90



2007 - 237 S. - € 24,90

„Positiv fällt auf, dass die Autoren ihre Analysen in einen größeren, sozialpolitisch-historischen Kontext stellen.“

socialnet

2. Auflage



2009 - 231 S. - € 19,90

Ein fesselndes und eindruckliches Buch!  
Süddeutsche Zeitung

Lukrativer Markt für BAYER

# Hybrid-Reis auf den Philippinen



Export-Schlager Hybrid-Reis

*Die philippinische Regierung unterstützt die Einführung von Hybrid-Saatgut massiv und gefährdet so das traditionelle System, in dem Sorten von LandwirtInnen angebaut, weiterentwickelt und getauscht werden.*

Von SEARICE

Als im April 2008 der Preis für Reis auf ein Rekordhoch stieg, traf das die Menschen auf den Philippinen völlig unvorbereitet. Lange Schlangen wurden vor den staatlichen Reisverkaufsstellen und vor den fahrenden Läden zu einem so bedrückenden wie alltäglichen Anblick.

Der Anstieg der Reispreise traf vor allem jene vierzig Prozent der philippinischen Bevölkerung, die unter der Armutsgrenze leben; das sind etwa 7,1 Millionen Familien. Diese haben weniger als 170 philippinische Pesos (PhP) am Tag zur Verfügung (1 Euro = 69 PhP) und nennen sich selbst

„die Nahrungsarmen“ (food poor). Doch die Krise entwickelte sich nicht über Nacht. Der Reissektor der Philippinen kämpft schon seit einiger Zeit mit Schwierigkeiten. Das Land produziert jährlich etwa zehn Prozent unter Bedarf, und die Reisproduktion geht seit den 1980er Jah-

ren zurück. Ursachen sind vor allem die geringe Erweiterung des Produktionsgebietes, die Umwandlung von landwirtschaftlichen Flächen in Wohn- und Industriegebiete und die Abnahme der Investitionen der Öffentlichen Hand in die landwirtschaftliche Infrastruktur. Der Landwirtschaftssektor der Philippinen konnte in den letzten Jahren nur deshalb ein Wachstum verzeichnen, weil die Nutzung neuer Technologien zu Ertragssteigerungen führte.

Wenn ein Reis-Defizit auftrat, behelfen sich die philippinischen Regierungen mit Einfuhren: 2008 importierten sie 2,3 Millionen Tonnen Reis und 2007 1,35 Millionen Tonnen - darunter 27,5 Tonnen made by BAYER. Um nicht mit einer wütenden Masse von KonsumentInnen konfrontiert zu werden, die zu wenig Reis zur Verfügung haben, blieb der Regierung von Gloria Arroyo nichts anderes übrig, als den Lieferanten überhöhte Preise zu bezahlen. (...)

### Selbstversorgung?

Die Regierung wollte in der Krise Tatkraft beweisen und stellte ein Paket von 43,7 Milliarden PHP bereit, mit dessen Hilfe das Land bis zum Jahr 2013 in die Lage versetzt werden sollte, seinen Reisbedarf selbst decken zu können. Ein Anteil von gut 2,7 Milliarden philippinischer Pesos (PHP) war für die Einführung von Hybrid-Reis auf einer Fläche von mehr als 900.000 Hektar bis zum Jahre 2010 vorgesehen.

Den sterilen, sich nicht zur Wiederaussaat eignenden Hybrid-Reis, dessen Samen die LandwirtInnen jede Saison neu kaufen müssen, bewarb die Regierung als die einzige technologische Option, um die Selbstversorgung zu erreichen.

Dieser Weg wurde aber nicht erst zu diesem Zeitpunkt eingeschlagen. Bereits im Jahre 2001 war die weiträumige Verbreitung von Hybrid-Reis zentraler Bestandteil des so genannten „GMA Reis-Programms“ (1). Sie wurde damals mit großzügigen Subventionen für Saatgut und Inputs (2) unterstützt. Für BAYER als weltgrößter Anbieter auf diesem Gebiet war dies Anlass, ein neues Vertriebsbüro zu gründen, um seine Sorten BIGANTE und TISOY besser vermarkten zu können.

Tut die Arroyo-Regierung nun gut daran, für die Selbstversorgung des Landes ganz auf Hybrid-Reis zu setzen? Um diese Frage beantworten zu können, muss man das bisherige Vorgehen der Regierung in diesem Bereich betrachten, zum Beispiel,



wie das Hybrid-Reis-Kommerzialisierungsprogramm (Hybrid Rice Commercialization Program - HRCP) implementiert wurde.

### Bestandsaufnahme

Die Organisation SEARICE hat im Jahre 2005 gemeinsam mit Bauern und Bäuerinnen, Gruppen der Zivilgesellschaft und weiteren Nichtregierungsorganisationen eine detaillierte Bestandsaufnahme des HRCP durchgeführt. Die Untersuchung konzentrierte sich auf die Wachstumseigenschaften („performance“) des HRCP im Jahr 2004, jenem Jahr, in dem die Umsetzung des Regierungsprogramms am weitesten fortgeschritten war. SEARICE und seine Partner haben unter anderem 130 zufällig ausgewählte ReisfarmerInnen und 37 lokale RegierungsmitarbeiterInnen befragt, die persönlich an der Implementierung des Programms in einer der vier vorrangigen Anbauregionen für Hybrid-Reis beteiligt waren, namentlich in Isabela, Nueva Ecija, Iloilo und Davao del Sur.

Die Hybrid-Reis-Technologie wurde im Zuge des so genannten Gintong Ani Programms des früheren Präsidenten Fidel Ramos eingeführt. Als Joseph Estrada Ramos die Präsidentschaft übernahm, erhielt das Programm einen neuen Namen: Agrikulturang Makamasa (Landwirtschaft für die Massen) for Rice. Es gab aber keine substantiellen Unterschiede zwischen den zwei Programmen: Beide waren auf die Nutzung der verfügbaren Hybrid-Reis-Produktionsverfahren ausgerichtet, um „die Produktivität und die Konkurrenzfähigkeit (in der Reisproduktion, Anm.

SEARICE) zu verbessern und so letztendlich die Selbstversorgung mit Reis zu erreichen“ (3).

Die Umsetzung des Hybrid-Reis-Technologie-Programms bestand zunächst vor allem aus Demonstrationen der Technologie und aus Anpassungsversuchen in fünf Regionen des Landes. Dies lag hauptsächlich daran, dass in den Anfangsjahren nicht genug Hybrid-Reis-Saatgut zur Verfügung stand. Im Jahre 1999 begann das Landwirtschaftsministerium mit der Schulung von SaatgutproduzentInnen und gründete das ProduzentInnen-Netzwerk SeedNet. Zu dieser Zeit blieben Produktion und Förderung von Hybrid-Reis auf eine einzige Sorte beschränkt: die in öffentlichen Einrichtungen entwickelte Sorte „Mestizo“.

Bereits kurz nach ihrem Amtsantritt übernahm Präsidentin Gloria Arroyo das Hybrid-Reis-Kommerzialisierungsprogramm als zentrales Element ihres GMA-Programms. Das HRCP wurde außerdem zu einer Schlüsselstrategie von Arroyos One-Million-Jobs Programm, das - wie der Name schon nahelegt - der Schaffung von Arbeitsplätzen und damit auch der Bekämpfung von Armut in den ländlichen Regionen dienen sollte. Das Philippinische Reisforschungsinstitut PhilRice übernahm die Federführung bei der Implementierung des HRCP und wurde in dieser Sache direkt dem Büro der Präsidentin unterstellt. (...)

### Nur Mittel fürs HRCP

Das HRCP hat den Löwenanteil des Budgets der Regierung für den Reissektor



## O-Ton BAYER

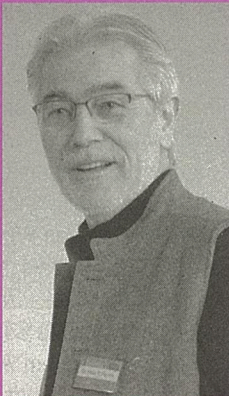
„Die neue Bundesregierung muss die Phase des kurzfristigen Krisenmanagements schnell beenden und zu einem klaren ordnungspolitischen Kurs zurückfinden, um die Wachstumskräfte der Wirtschaft zu stärken. In vielen Bereichen der Wirtschaft brauchen wir mehr Markt und mehr Wettbewerb - etwa im Gesundheitssystem, auf dem Arbeitsmarkt, im Energiesektor oder bei der Bildung. Die Unternehmen brauchen mehr Unterstützung bei Forschung und Innovation.“



BAYER-Chef Werner Wenning

## Promis gegen Profit

„Die Politik kooperiert mit dem Privatsektor, das ist überall so. Firmen wie MONSANTO, SYNGENTA, BAYER und BASF sind sicher sehr mächtig und diktieren die Politik, auch die Entwicklungspolitik, wie ich selbst erlebt habe.“



*Hans Herren, Landwirtschafts- und Entwicklungsexperte sowie Mitverfasser des „Weltagrarberichts“ über die von den Konzernen vorangetriebene Landwirtschaftspolitik in den Ländern des Südens, die mittels Düngemitteln, Pestiziden und neuen Samen auf Ertragssteigerungen setzt, bis die Märkte gesättigt sind und die Produktion wieder abnimmt, ehe das Spiel dann von vorn beginnt.*

erhalten. Als das HRCP 2001 gestartet wurde, waren es 322 Millionen PhP, im darauffolgenden Jahr schon 424 Millionen PhP. Nach einer geringfügigen Reduktion im Jahr 2003 stieg der Betrag 2004 sogar auf 945 Millionen PhP an und erreichte im Jahr 2005 immerhin noch 785 Millionen PhP, was einem Anteil von 80 bis 85 Prozent des Regierungsbudgets für den gesamten Reissektor entsprach. Bauern und Bäuerinnen, die das Hybrid-Saatgut anbauen wollten, bekamen großzügige finanzielle und andere Unterstützungen. Im Detail bedeutete das große Preisnachlässe - die Hälfte des üblichen Marktpreises - beim Kauf des Saatgutes. Ein 20-Kilogramm-Sack Saatgut, der von der Regierung für einen Preis von 2.400 PhP erworben worden war, wurde für 1.200 PhP an die FarmerInnen abgegeben. Außerdem haben viele der Landwirtschaftsbüros der ländlichen Kommunen (local government units - LGU) den LandwirtInnen weitere Preisnachlässe gewährt. Letztendlich mögen 20-Kilo-Säcke den FarmerInnen für 600 PhP oder mit 75 Prozent Abschlag von Marktpreis angeboten worden sein.

Wie bereits erwähnt hat die Regierung auch das nationale Netzwerk von Saatgut-ProduzentInnen SeedNet eingerichtet. Das HRCP garantierte den Saatgut-ProduzentInnen in den Jahren 2001 bis 2004 einen Markt für ihr Saatgut. Zusätzlich zu den Subventionen gab es für die LandwirtInnen, die Hybrid-Reis angebaut haben, weitere Unterstützung. Dr. Cristina David vom „Philippinischen Institut für Entwicklungsstudien“ berichtet, dass im Rahmen des HRCP alle erdenklichen Anreize gewährt wurden, wie zum Beispiel Düngemittel, Pestizide, Bodenverbesserer et cetera (4). Im Rahmen des Fahrplans des Reis-Programms der GMA der Jahre 2005 und 2006 war das staatliche Unternehmen PHILIPPINE PHOSPHATE FERTILIZER CORPORATION (PHILPHOS) mit der Lieferung von Harnstoff-Düngemitteln zu Discountpreisen beauftragt.

Eine Reihe von LGUs und Saatgut-ProduzentInnen berichteten, dass einige Saatgut-Kooperativen Förderungen in einer Höhe zwischen zweieinhalb und fünf Millionen PhP bekommen haben. Diese seien von dem so genannten „pork-barrel“ (wörtlich etwa: Schweine-Fass), einer Gruppe von SenatorInnen zur Unterstützung der Einführung der Hybrid-Reis-Produktion bereitgestellt worden. Zum Beispiel hat die „New Ilocos Farmers' Cooperative“ (NIFCO) in New Ilocos, Magsaysay,

Davao del Sur zweieinhalb Millionen PhP von Senator Manuel Villar für die Konstruktion von Trocken- und Kältelagern und die Anschaffung spezieller LKW erhalten.

Der Leverkusener Multi hat ein zwiespältiges Verhältnis zu dem Förderprogramm. Im Jahr 2004 forderte der Konzern ein Endes des HRCP, weil die Regierung einen Schwerpunkt auf die Promovierung landeseigener Sorten wie MESTIZO legte statt auf ARIZE, BIGANTE oder TISOY aus Leverkusen. Gleichwohl profitiert er von dem Geldregen. Wenn die staatlichen Stellen die Werbetrommeln für die Hybrid-Technologie im Allgemeinen rühren, dann ist das auch PR für ARIZE & Co. im Besonderen. Auch die Absatzchancen für seine Pestizide verbessern sich durch die staatlichen Subventionen. Zudem heißt es für den Agro-Riesen beim HRCP nicht generell „Wir müssen draußen bleiben“. Produkte des Konzerns sind bei Feldversuchen mit von der Partie, und einige Regionen geben auch BAYER-Reis aus. Central Luzon verteilte über 4.000 Säcke BIGANTE-Saaten und 19 Säcke TISOY-Saaten im Gesamtwert von über vier Millionen PhP; die Insel Mindanao 1.000 BIGANTE-Säcke für fast eine Million PhP.

Während für die Förderung des Anbaus von Hybrid-Reis gewaltige Summen zur Verfügung standen, gingen FarmerInnen in Regionen ohne bewässerte Anbauflächen leer aus. Die Mittel für das HRCP fehlten an anderer Stelle - zum Beispiel für die Verbesserung und Erweiterung von Bewässerungssystemen, den Ausbau der Verkehrswege zu den Märkten und den Bau von Lagerräumen. Da das HRCP nur bei zehn Prozent der bewässerten Fläche des Reisanbaugebietes der Philippinen zum Einsatz kam, wurden 90 Prozent der Flächen derartige Hilfen vorenthalten.

## Ziele nicht erreicht

SEARICE hat in der trockenen Saison des Jahres 2004 in vier Provinzen der Philippinen (Nueva Ecija, Iloilo, Isabela und Da-



Mehr als  
80.000  
Zugriffe  
in der  
Woche.

[www.CBGnetwork.org](http://www.CBGnetwork.org)

vo del Sur) Versuche durchgeführt (5). Diese haben gezeigt, dass die von den FörderInnen des Hybrid-Reis angekündigten Ertragssteigerungen von 20 bis 30 Prozent nur in Ausnahmefällen erzielt werden konnten. In den Fällen, in denen der Hybrid-Reis einen höheren Ertrag erbracht hatte, lag dieser meist deutlich niedriger, nämlich bei 13 Prozent. In zwei der fünf Provinzen, in denen die SEARICE-Untersuchung durchgeführt wurde, in Isabela und Iloilo, haben Inzucht-Linien das Hybrid-Saatgut sogar um sieben beziehungsweise 41 Prozent übertroffen. (...) Dass Hybrid-Reis die Reisproduktion des Landes nicht wirklich steigern konnte, liegt zum Teil wohl an der geringen Fläche, die mit den Sorten überhaupt bepflanzt wurde. Zur Zeit seiner weitesten Verbreitung im Jahr 2004 wurde Hybrid-Reis gerade auf 7,5 Prozent der bewässerten Fläche des Landes angebaut. Inzucht-Linien finden heute noch bei 90 Prozent des Reis-Anbaus Verwendung. Obwohl das Landwirtschaftsministerium - wie zuvor beschrieben - die Verbreitung von Hybrid-Reis sehr stark unterstützt hat, wird bei der Auswertung der Ergebnisse deutlich, dass die selbstgesetzten Ziele nicht erreicht wurden. Zum Beispiel

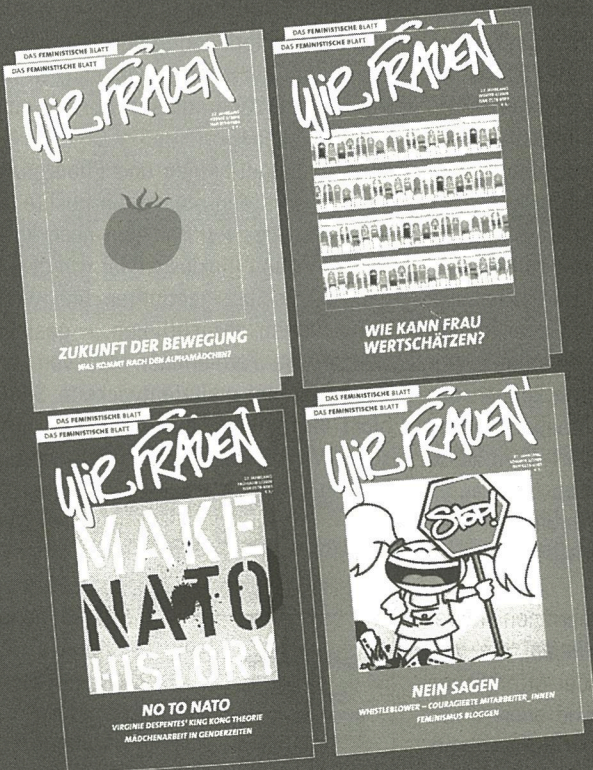
sprach das Ministerium im Jahre 2001, als das HRCP initiiert wurde, von einer anfänglichen Anbaufläche von 50.000 Hektar. Für das Jahr 2004 waren 300.000 Hektar anvisiert. (...) Nach und nach wurden die Zahlen doch nach unten korrigiert. In 2004 wurde zum Beispiel auf nur 200.000 Hektar Hybrid-Reis geerntet. (...) Trotz der massiven finanziellen und organisatorischen Unterstützung seitens der Regierung haben nur wenige LandwirtInnen begonnen, Hybrid-Reis anzupflanzen. Cristina David hat in ihrer Untersuchung aus dem Jahre 2005 festgestellt, dass außerdem 68 bis 78 Prozent der FarmerInnen, die zunächst Hybrid-Reis angebaut hatten, später wieder aus dem Programm ausstiegen. Um solche Ausfälle zu kompensieren, müssen also ständig neue TeilnehmerInnen für das HRCP rekrutiert werden. Dadurch werden die Regierungsausgaben für die Schulung der FarmerInnen natürlich weiter in die Höhe getrieben. Das gleiche Dilemma war bei den Saatgut-ProduzentInnen zu beobachten: Nach Angaben von PhilRice dauert es drei bis vier Jahre, bis man mit den so genannten CMS und den Restorer-Linien (also den Elternlinien für das spätere Saatgut der Hybrid-Reis-Linien) korrekt umgehen kann.



Für die ProduzentInnen stellt dies einen Zeitraum dar, in dem er selbst das Verlustrisiko trägt. Viele kleinere ErzeugerInnen von Hybrid-Reis-Saatgut haben sich nach ein oder zwei Jahren voller Misserfolge entschlossen, dieses Geschäftsfeld wieder zu verlassen.

Die UnterstützerInnen des Hybrid-Reis weisen natürlich immer auf seinen erfolgreichen Einsatz in China hin, wo mit Hybrid-Reis Erträge von zwei Tonnen je Hektar erzielt werden können. Zum Vergleich: Auf den Philippinen ernten die LandwirtInnen gerade die Hälfte, nämlich eine Tonne pro Hektar. Tatsächlich gibt es ExpertInnen, die davon ausgehen, dass es

## DAS FEMINISTISCHE BLATT



[www.wirfrauen.de](http://www.wirfrauen.de)

# ABO

- Ich möchte die Zeitschrift **kennen lernen**. Bitte schicken Sie mir **2 Ausgaben für 3,50 Euro** in Briefmarken.
- Ich möchte ein **Abonnement**, 4 Ausgaben jährlich, für 15,00 Euro.
- Ich möchte kostenfrei die **Newsletta** per E-Mail abonnieren.

Name, Vorname \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

PLZ/Ort \_\_\_\_\_

Datum und Unterschrift \_\_\_\_\_

Telefon-Nummer \_\_\_\_\_

E-Mail-Adresse \_\_\_\_\_

Die Ausgaben (36 Seiten) erscheinen jeweils im März, Juni, September und Dezember. Bitte mit vollständiger Adresse und Tel.-Nr. senden an: WIR FRAUEN e.V. – Verein zur Förderung von Frauenpublizistik, Rochusstr. 43, 40479 Düsseldorf.



## Echo

E. G.: Weiter so - Eure Arbeit ist so wichtig!

T. K.: Weiterhin viel Erfolg bei eurem Kampf „David gegen Goliath“

R. W.: Thanks for all your hard work!!! You rock!

M. S.: Macht weiter so! Ich kann nur von Glück sagen, dass ich über euer Netzwerk gestolpert bin.

E. D. (Indien): Ich bin froh, eure Mails zu erhalten, die eure großartige Arbeit dokumentieren.

## CBG bei der Arbeit

Das indische Pharma-Unternehmen CIPLA hat eine Nachahmer-Version von BAYERS Krebsmedikament NEXAVAR produziert. Um es unmittelbar nach dem Ablauf des Leverkusener Patents auf den Markt bringen zu können, stellte es schon einmal einen Antrag auf Zulassung. Diese wollte der bundesdeutsche Pillen-Riese allerdings verhindern, da er auch nach dem Ablauf der Schutzrechte noch Monopol-Gewinne einstreichen wollte. Also klagte der Konzern gegen CIPLA und die Genehmigungsbehörde. Ein Novum in der Justiz-Geschichte. Niemals vorher hatte ein Unternehmen mit Verweis auf angeblich verletzte Patentrechte in ein Zulassungsverfahren eingegriffen und so versucht, die Versorgung armer Menschen mit preisgünstigen Arzneien zu verhindern. Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG), das indische PEOPLES HEALTH MOVEMENT, die BUKO PHARMA-KAMPAGNE und protestierten vehement. Mit Erfolg: Im August 2009 verlor BAYER den Prozess in erster Instanz, und im Februar 2010 auch in zweiter. Ob das Unternehmen es noch auf einen dritten Versuch ankommen lässt, war bis Redaktionsschluss nicht bekannt.



für die Philippinen ökonomischer wäre, Hybrid-Reis-Saatgut zu importieren, als es weiterhin selbst zu produzieren. (...)

## Saatgut essenziell

Saatgut ist eine grundlegende Ressource von LandwirtInnen. Die Verwendung bestimmter Sorten und die Art und Weise des Zugangs zu Saatgut hat nicht nur Auswirkungen auf die Produktion der Nutzpflanzen. Sie beeinflussen auch die Möglichkeiten, die FarmerInnen haben, Saatgut in Bezug auf Qualität und Quantität zu optimieren.

Samen von Inzuchtlinien können aus zwei Quellen stammen: Entweder sie kommen aus dem informellen Sektor, also von FarmerInnen, die Samen in den aufeinanderfolgenden Pflanz-Saisons nutzen oder mit anderen KollegInnen tauschen; oder aus dem formellen Sektor, das heißt von Regierungsbehörden oder öffentlichen Institutionen wie zum Beispiel PhilRice.

Die von den Bauern und Bäuerinnen entwickelten Sorten zeigen, dass diese sehr wohl in der Lage sind, Samen ihren Bedürfnissen und Vorlieben entsprechend zu verändern und einzusetzen. Bis zu 90 Prozent des Saatgutbedarfs des Landes werden von den FarmerInnen und den Gemeinschaften gedeckt. Der Rest stammt aus dem formellen Sektor.

Sogar bei der Nutzung von zertifiziertem Inzucht-Saatgut haben die FarmerInnen noch einen gewissen Spielraum, um zu experimentieren und das Saatgut weiterzuentwickeln. LandwirtInnen ist es erlaubt, das geerntete Korn aus den zertifizierten Inzucht-Sorten aufzubewahren und in der folgenden Saison als Saatgut wieder auszusäen. (...)

## Nur noch AbnehmerInnen

Die Einführung des Hybrid-Reis hat sich auf das Verhältnis zwischen dem formellen und dem informellen Saatgut-Sektor ausgewirkt. Die FarmerInnen können das Saatgut nun nicht mehr aufbewahren und wiederverwenden. Das führt dazu, dass sie Saatgut von bestimmten Lieferanten aus dem formellen Sektor erwerben müssen - insbesondere von privaten Saatgut-Firmen.

So werden Bauern und Bäuerinnen entweder zu Saatgut-ProduzentInnen, die vertraglich an die privaten oder öffentlichen Einrichtungen gebunden sind oder zu reinen NutzerInnen des Hybrid-Reis-Saatguts. Als AnbauerInnen von Hybrid-Reis müssen die FarmerInnen technische Standards erfüllen und sich an unzählige Vor-



schriften halten. In den meisten Fällen werden die produzierten Samen von minderer Qualität sein und von der staatlichen Agentur zurückgewiesen werden. Bauern und Bäuerinnen waren bislang immer auch kreative Saatgut-EntwicklerInnen. Durch den Einsatz des Hybrid-Reis werden sie zu bloßen Nutzern einer Technologie.

FarmerInnen wird es durch das in den Hybrid-Reis integrierte Nachbau-Kontroll-System nicht nur erschwert, das Saatgut wiederzuverwenden, es zu tauschen oder Samen aus der zweiten Generation aufzubewahren. Ein Gesetz verbietet zudem den Saatgut-Tausch zwischen den FarmerInnen.

Das Gesetz zum Schutz von Pflanzen-Varietäten (PVP), im August 2002 in Kraft getreten, soll die Entwicklung neuer Pflanzen-Varietäten fördern, indem den PflanzenzüchterInnen exklusive Rechte für Produktion, Wiederverwendung, Verkauf und Vermarktung dieser Sorten eingeräumt werden (6).

Haben Saatgut-Firmen und PflanzenzüchterInnen sich erst einmal die Rechte (entsprechend des PVP) an den noch kursierenden Sorten - inklusive der von den FarmerInnen selbst geernteten und weiterentwickelten Inzuchtlinien - gesichert, werden die FarmerInnen das von ihnen geerntete und weiterentwickelte Saatgut nicht länger ohne die Gefahr der juristischen Verfolgung tauschen und verkaufen können.



Mehr als  
80.000  
Zugriffe  
in der  
Woche.

[www.CBGnetwork.org](http://www.CBGnetwork.org)

## Reis-Privatisierung

Die Hybrid-Reis-Technologie fördert somit die Privatisierung der pflanzengenetischen Ressourcen durch den technischen wie auch den juristischen Schutz der Eigentumsrechte. Die Privatisierung der Reis-Saatgut-Industrie (7) führt dazu, dass FarmerInnen, die geschützte Hybrid-Saaten nutzen wollen, von den privaten Firmen abhängig werden. Und diese Firmen werden die Regeln bestimmen. (...)

Mittlerweile verlassen die LandwirtInnen das Programm schneller, als neue Interessenten von der Regierung gefunden werden können. Das HRCF schadet denen, denen es nützen sollte. (...) Es wollte den Bauern und Bäuerinnen die Abhängigkeit von gierigen Saatgut-Firmen schmackhaft machen und eine Tradition abschaffen, die es ihnen erlaubte, ihr Saatgut wiederzuverwenden, auszutauschen und zu verbessern - und das über Generationen. Diese Rechte sind Eckpfeiler des traditionellen philippinischen Saatgutsystems. Sie zu verteidigen ist für die Nahrungssouveränität des Landes und das Wohlbefinden von Millionen philippinischer LandwirtInnen existenziell. Und nicht nur für dafür. Das „Hybrid Rice Development Consortium“, getragen von Herstellern wie BAYER

und Ländern wie China, Indien, Indonesien und Malaysia, unterlässt nämlich keine Anstrengung, Menschen dieses Erdteils die sterilen Körner schmackhaft zu machen.

Übersetzung: Christof Potthof und Theresia Scheierling

Fußnoten:

(1) „Ginintuang Masaganang Ani“ Programm (Abundant Golden Harvest [etwa: Reichliche goldene Ernte] - GMA).

(2) Als Inputs werden von außen zugefügte Betriebsmittel bezeichnet, zum Beispiel Pestizide, Düngemittel und ähnliches.

(3) Casiwan, C.B., Jariah, A., Francisco, S.R., Hosain, M., Narciso, J., Cabrera, E., Hidalgo, F.C.: Hybrid Rice Cultivation in the Philippines Early Farm-Level Experiences. Economic and Political Weekly, 21. Juni 2003.

(4) Malabanan, F.: Is there a way out of the rice price crisis? A policy Forum on the Food Crisis and Agriculture Development. 14. Oktober 2008, Quezon City.

(5) Es gibt zwei Anbauphasen im Jahr, die eine wird als die trockene (dry season), die andere als die nasse Saison (wet season) bezeichnet.

(6) Plant Variety Protection (PVP) Act, Republic Act 9168, wörtlich: Gesetz zum Schutz von Pflanzensorten, aber gemeint ist der Schutz des geistigen Eigentums.

(7) Saatgut-Industrien sind in diesem Zusammenhang große Zuchtstationen oder -betriebe, die im Besitz des Staates sind.

SEARICE - South East Asia Regional Initiatives for Community Empowerment ist eine Organisation, die sich für die Stärkung der ländlichen Bevölkerung und dabei speziell der Bäuerinnen und Bauern einsetzt. Ihr Arbeitsschwerpunkt liegt auf den Philippinen, die Organisation ist aber auch in anderen asiatischen Ländern aktiv. SEARICE verbindet die lokale Arbeit in den ländlichen Regionen mit globalen Aktivitäten - zum Beispiel bei den Verhandlungen über die Konvention über die biologische Vielfalt unter dem Dach der Vereinten Nationen.

Mit freundlicher Genehmigung der VerfasserInnen leicht bearbeitet nachgedruckt aus GID - Genethischer Informationsdienst Nr. 196, Ursprungsquelle: SEARICE review, November 2008.



ProSolidar   
Leben statt Profit

## Geld & Verantwortung

Immer mehr Menschen werden sich ihrer Verantwortung beim Umgang mit Geld bewußt. Herkömmliche Finanzanlagen sind inakzeptabel, weil sie die Umwelt ruinieren und den Menschen ausbeuten.

ProSolidar nimmt die Verantwortung für soziale Sicherheit und Umweltschutz ernst. Statt Geldrendite setzt ProSolidar auf Lebensrendite. Es gilt das Prinzip: Leben statt Profit.

**Jetzt handeln. Fordern Sie das kostenfreie Anlage-Prospekt an.**

ProSolidar  
Schweidnitzer Str. 41 Fon 0211 - 26 11 210  
40231 Düsseldorf Fax 0211 - 26 11 220

Mail [info@prosolidar.net](mailto:info@prosolidar.net) 

### Coupon:

**Geben Sie den  
Solidar-Interessen  
mehr Gewicht.**

Ja, mich interessiert ProSolidar. Bitte schicken Sie mir unverbindlich das kostenfreie Anlage-Prospekt.

Vorname

Name

PLZ

Ort

Straße

Fon

Fax

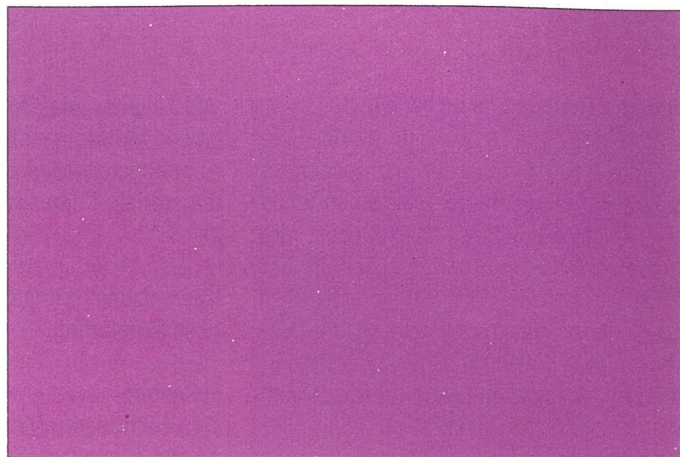
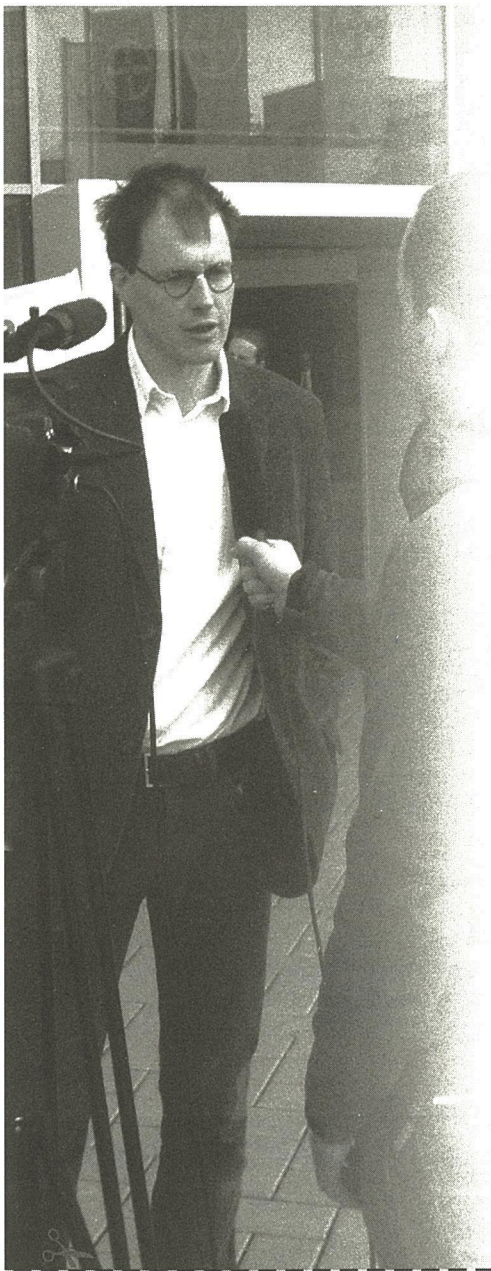
Alter

Email

Bitte zurücksenden an:

ProSolidar  
Schweidnitzer Str. 41 Fon 0211 - 26 11 210  
40231 Düsseldorf Fax 0211 - 26 11 220

Mail [info@prosolidar.net](mailto:info@prosolidar.net)



*Mein Name ist Philipp Mimkes.*

Ich bin Vorstandsmitglied der Coordination gegen BAYER-Gefahren und seit langem Autor von STICHWORT BAYER (SWB).

Ich erhalte täglich Rückmeldungen aus aller Welt. Daher weiß ich, dass unsere langjährige Auseinandersetzung mit einem der wichtigsten Chemie- und Pharmaunternehmen auf großes Interesse stößt.

Schon unsere bloße Existenz macht vielen Menschen Mut. Denn in der Bevölkerung ist die Meinung, dass gegen einen Giganten wie BAYER doch nichts ausrichten kann, weit verbreitet. Wir sind der Gegenbeweis!

Mit STICHWORT BAYER (SWB) bringen wir Licht in die Machenschaften des BAYER-Konzerns. Ohne STICHWORT BAYER und den englischsprachigen Newsletter KEYCODE BAYER wären unsere Erfolge nicht möglich.

Bitte helfen Sie uns, den Fortbestand von SWB zu sichern! Werden Sie Mitglied im SWB-Förderkreis oder helfen Sie mit einer Spende. Falls Sie SWB noch nicht regelmäßig beziehen, werden Sie Abonnent/in.

Mit herzlichen Grüßen,  
Ihr Philipp Mimkes

**Ja, ich werde Mitglied des SWB-Förderkreises mit einem selbst festgelegten Jahresbeitrag von**  Euro  
(Voraussetzung ist ein SWB-Abo bzw. eine Mitgliedschaft bei der CBG).

Der Beitrag soll

- monatlich       halbjährlich  
 vierteljährlich       jährlich abgebucht werden.

**Ja, ich abonniere STICHWORT BAYER (SWB) zum Preis von** (mind. 30 Euro im Jahr)  Euro

**Ja, ich möchte SWB stärken und bestelle zusätzlich**  Exemplare  
Voraussetzung ist ein SWB-Abo bzw. eine Mitgliedschaft bei der CBG. Vorzugspreis je Heft 1,50 Euro (Verkaufspreis 8 Euro).

**Ja, ich helfe mit einer Spende an den Stichwort BAYER Förderkreis**  Euro

**Absender**

Name, Vorname   
Straße, Hausnr.  PLZ, Ort   
Fon/Fax  eMail

**STICHWORT BAYER Förderkreis**  
Postfach 15 04 18  
40081 Düsseldorf  
Fon 0211 - 33 39 11  
Fax 0211 - 33 39 40  
eMail CBGnetwork@aol.com

**Lastschrift** Bitte buchen Sie meinen Beitrag / meine Abogebühr / meine Spende ab wie folgt

Konto-Nr.  Bankleitzahl   
Geldinstitut   
Beruf  Geburtsjahr  Datum/Unterschrift



*Für wirksame Konzernkritik und demokratische Gegenöffentlichkeit.*